Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

DIE REDE

VON

A. A. GROMYKO

Stellvertretender Außenminister der UdSSR

auf der

Konferenz von San Franzisko

am 5. September 1951

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Werte Leserinnen und Leser!

Wir überreichen Ihnen im Wortlaut die Erklärung des Stellvertretenden Außenministers der Sowjetunion, A. A. Gromyko, vom 5. September 1951 auf der Konferenz in San Franzisko über den Friedensvertrag mit Japan, welche von den meisten westdeutschen Zeitungen im Wortlaut und Inhalt der Bevölkerung vorenthalten wurden. Die Konferenz in San Franzisko ist deshalb für uns Deutsche besonders bedeutungsvoll, weil – wie von amerikanischen und westdeutschen Regierungskreisen offen erklärt wurde – der Friedensvertrag mit Japan als Vorbild für eine geplante „Friedensregelung" der Westmächte mit Westdeutschland dienen soll.

Bitte lesen Sie aufmerksam die Rede Gromykos und Sie werden feststellen, daß fast jedes Wort dieser Rede unmittelbar auf Deutschland zu übertragen ist und für unser Volk Gültigkeit hat. Beantworten Sie sich dabei bitte selbst folgende Fragen:

1. Gab es jemals in der Geschichte ein Beispiel, daß bei einer internationalen Konferenz eine Partei – in diesem Falle die Regierungen der USA und den von ihnen abhängigen Staaten – schon vor Konferenzbeginn erklärte, daß es in ihrem Diktat keine Abänderung geben kann?
2. Kann man von einer wirklichen Friedensregelung in Ostasien sprechen, wenn die Meinung der Staaten, die am meisten unter des japanischen Aggression zu leiden hatten – China, Indien und die Sowjetunion – **nicht** berüchsichtigt wird und über 900 Millionen Menschen Ostasiens nicht mitreden dürfen?
3. Was für einen Frieden braucht das deutsche Volk –
   einen „Frieden" mit unbegrenzter militärischer Besetzung, wie ihn der USA-Frieden für Japan brachte, oder Abzug aller Besatzungstruppen, Nationale Einheit und Unabhängigkeit, wie sie die Sowjetunion fordert?

   Remilitarisierung und Wiederaufrüstung, Terrorisierung friedliebender Menschen und Freiheit für Kriegshetzer und Kriegsverdiener, wie sie die USA-Besatzung für Japan brachte, oder friedlichen Aufbau und uneingeschränkte Entwicklung der Friedenswirtschaft wie die Sowjetunion fordert?
   Einbeziehung in aggressive Militärpakte, wie die USA sie Japan und Westdeutschland aufzwingen, oder friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern?

Und nun lesen und urteilen Sie selbst!

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Die Rede von A. A. Gromyko

auf der Konferenz von San Franzisko am 5. Sept. 1951

Herr Vorsitzender, meine Herren Delegierten! Die sowjetische Delegation hält es für unbedingt erforderlich, gleich am Anfang die Wichtigkeit der Frage eines Friedensvertrages mit Japan zu betonen. Die Bedeutung dieser Frage ist schon daraus ersichtlich, daß Opfer der japanischen Aggression viele auf dieser Konferenz vertretene Länder waren, ganz zu schweigen von der Volksrepublik China, deren Volk lange Zeit hindurch den Kampf gegen den eingedrungenen japanischen Aggressor ganz allein geführt hat.

Schon im Jahre 1931 drang die japanische Armee in die Mandschurei ein. Nach sechsjähriger Besetzung der Mandschurei, die Japan in ein militärisches Aufmarschgebiet für eine weitere Ausdehnung der Aggression auf dem asiatischen Kontinent verwandelt hatte, brach das militaristische Japan im Jahre 1937 in Zentralchina ein und besetzte lebenswichtige Zentren Chinas. Das chinesische Volk hat im Kampf gegen den japanischen Aggressor gewaltige Opfer gebracht, und zwar sowohl materielle als auch solche an Menschenleben. Durch die Verteidigung seiner Unabhängigkeit im Kampf gegen die japanische Aggression und durch die Uebernahme der Hauptlast des Kampfes gegen diese Aggression, hat das chinesische Volk einen unschätzbaren Beitrag zum Kampf gegen die japanischen Militaristen geleistet, da es dadurch den endgültigen Sieg der freiheitliebenden Völker beschleunigt hat.

Die japanische Aggression gegen die UdSSR

Es ist gut bekannt, daß schon vor 13 Jahren das militaristische Japan die Sowjetunion im Gebiet von Wladiwostock, am Chasan-See überfallen hat. Doch auch nachdem sie die gebührende Abfuhr erhalten hatten, gaben die japanischen Militaristen ihre aggressiven Pläne gegenüber der Sowjetunion nicht auf. Im Jahre 1939 wiederholten die aggressiven Streitkräfte Japans den Ueberfall an einer anderen Stelle im Gebiet der mongolischen Volksrepublik in der Nähe von Chalchin-Gol, mit dem Ziele eines Durchbruchs in sowjetisches Territorium. Obwohl sie auch in diesem Falle eine gebührende Abfuhr durch Streitkräfte der Sowjetunion erhielten, gaben die japanischen Militaristen bekanntlich trotzdem ihre aggressiven Pläne gegenüber der Sowjetunion nicht auf und machten kein Hehl daraus, daß ihr Ziel die Besetzung des sowjetischen Fernen Ostens war.

Unter der japanischen Aggression hat eine Reihe anderer Staaten Asiens und des Fernen Ostens gelitten, darunter Indien, Birma, Indonesien und die Philippinen.

Schließlich weiß auch das amerikanische Volk, was eine japanische Aggression bedeutet, denn die Erinnerung an den Ueberfall Japans auf den Flottenstützpunkt der USA. im Stillen Ozean, Pearl Harbour, ist noch ganz frisch. Dieser Ueberfall auf die USA. erweiterte das Ausmaß der japanischen Aggression. Danach verübten die japanischen Militaristen Ueberfälle auf eine Reihe anderer Länder Asiens und des Fernen Ostens.

Der Krieg dehnte sich aus und erfaßte ganz Asien. Im Verlaufe von fast fünfzehn Jahren wurden alle Länder Asiens und des Fernen Ostens von den japanischen Militaristen, eins nach dem anderen, überfallen.

Es waren die vereinten Anstrengungen der Großmächte erforderlich, um die Unabhängigkeit der Länder, die vom japanischen Aggressor überfallen worden waren, zu schützen und die Voraussetzungen für die Herstellung eines dauerhaften Friedens im Fernen Osten zu schaffen. Viele Länder Asiens und des Fernen Ostens haben bei der Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit gegen die japanischen Militaristen schwere Verluste erlitten.

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Dies alles zeigt, daß es an der Zeit ist, die durch die Zerschlagung des japanischen Aggressors geschaffenen Verhältnisse zu nutzen und im Fernen Osten den Frieden herzustellen. Eben von diesem Bestreben geleitet, hat die Sowjetunion wiederholt vorgeschlagen, praktische Schritte zu unternehmen, die die Lösung dieser Frage garantieren. Im Laufe der letzten Jahre schlug sie wiederholt vor, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan zu beschleunigen. Es ist selbstverständlich, daß die Sowjetunion immer davon ausging und noch heute davon ausgeht, daß es ein demokratischer Friede sein muß, der den Interessen der Völker entspricht, und nicht ein imperalistischer Friede, der für irgend welche Kreise unersättlicher Imperialisten vorteilhaft ist. Der Friede muß so beschaffen sein, daß er wirklich den berechtigten Forderungen der friedliebenden Staaten entspricht, und zwar in erster Linie derjenigen Staaten, die Ziel der japanischen Aggression waren, und daß er ein Wiedererstehen Japans als eines aggressiven Staates nicht gestattet.

Daraus folgt, daß es sich um einen solchen Friedensvertrag und um eine solche Friedensregelung mit Japan handeln muß, die es dem japanischen Militarismus nicht gestatten, von neuem sein Haupt zu erheben, und die den Frieden und die Sicherheit aller Länder Asiens und des Fernen Ostens garantieren.

Daran sind nicht nur diejenigen Staaten interessiert, die unter der japanischen Aggression gelitten haben, sondern auch das japanische Volk. Dieses hat die Rechnung für die Verbrechen zu begleichen, die die japanischen Militaristen, die Japan in den Aggressionskrieg gegen andere Länder und Völker hineinzerrten, begangen haben. Die nationalen Interessen des japanischen Volkes fordern, daß zwischen Japan und den anderen Ländern, insbesondere seinen Nachbarländern, friedliche Beziehungen bestehen.

Die sowjetische Delegation hielt es deshalb für unbedingt notwendig, auf die Wichtigkeit der Frage des Friedensvertrages mit Japan hinzuweisen, weil bei weitem nicht alle Teilnehmer dieser Konferenz wirklich darum besorgt sind, das Entstehen einer Situation zu verhindern, in welcher die japanischen Militaristen das japanische Volk erneut auf den Weg der Aggression führen könnten. Darüber hinaus zeugt der amerikanisch-britische Entwurf eines Friedensvertrages mit Japan, der der Konferenz vorgelegt wurde, davon, daß die Verfasser dieses Entwurfes vor allem darum besorgt sind, den Weg für eine Wiedergeburt des japanischen Militarismus freizumachen und Japan erneut auf den Weg der Aggression und der Kriegsabenteuer zu stoßen.

Dies gilt in erster Linie für die USA., deren Japanpolitik während der letzten Jahre genügend Beweise dafür bot, daß die USA.-Regierung gegenüber Japan ihre besonderen Pläne hat — Pläne, die mit den Interessen an einer echten Friedensregelung mit Japan nichts gemein haben.

I. Über die Grundsätze eines Friedensvertrages mit Japan

Bei der Betrachtung der Frage des Friedensvertrages mit Japan taucht vor allem die Fage auf: Wie müssen die Grundsätze beschaffen sein, die diesem Friedensvertrag zugrunde zu legen sind? Wie soll man sicherstellen, daß die erneute Verwandlung Japans in einen aggressiven Staat unmöglich ist, wie soll man erreichen, daß das Schicksal Japans nicht wieder die Militaristen in ihre Hand nehmen, die in Japan schon wieder ihr Haupt erheben und ungeniert offen erklären, daß sie Revanchepläne hegen? Diese Aufgabe kann erfolgreich gelöst werden, wenn die Teilnehmer der Konferenz von jenen Grundsätzen ausgehen, die in den bekannten internationalen Vereinbarungen über Japan Ausdruck gefunden haben und deren Verwirklichung sicherstellen würde, daß eine Wiedergeburt des japanischen Militarismus nicht zugelassen wird.

Das bezieht sich vor allem auf die Abkommen, wie die Deklaration von Kairo von

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

1945, die Potsdamer Deklaration von 1945 und das Abkommen von Jalta von 1945, in denen die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, China und die Sowjetunion sowohl bezüglich des Abschlusses des Krieges mit Japan wie auch bezüglich der Friedensregelung mit Japan und seiner Umwandlung in einen friedliebenden demokratischen Staat bestimmte Verpflichtungen übernommen haben.

Das bezieht sich auch auf Abkommen, wie die Deklaration der Vereinigten Nationen vom 1. Januar 1942, nach der sich die Vereinigten Nationen verpflichteten, mit feindlichen Staaten, darunter auch mit Japan, keinen Separatfrieden zu schließen, und wie die Beschlüsse der Fernostkommission (der die Sowjetunion, Großbritannien, die USA., China, Frankreich, die Niederlande, Kanada, Australien, Neuseeland, Indien und die Philippinen als Mitglieder angehören) über die grundlegende Politik gegenüber Japan, die bereits nach der Beendigung des Krieges gegen Japan angenommen wurden. Bekanntlich ist in der Potsdamer Deklaration vom 26. Juli 1945 und in den im Einklang mit dieser Deklaration gefaßten Beschlüssen der Fernostkommission über die grundlegende Politik hinsichtlich Japans vorgesehen, den japanischen Militarismus auszurotten und die Entstehung der Voraussetzungen für eine Wiedergeburt des Militarismus in Japan zu verhindern. Durch den Beschluß der Fernostkommission „Grundsätze der Politik hinsichtlich Japans nach der Kapitulation" vom 19. Juni 1947 werden Japan, insbesondere bezüglich seiner Streitkräfte, strenge Beschränkungen auferlegt. In der Potsdamer Deklaration wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Macht und den Einfluß jener zu beseitigen, die das japanische Volk betrogen und irregeführt haben, als sie es „zwangen, den Weg internationaler Eroberungen einzuschlagen". In ihr wird ferner darauf hingewiesen, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Japan daran zu hindern, sich erneut zu rüsten und auf Eroberungen auszugehen.

Die Abkommen der Mächte über Japan sehen die Beseitigung des japanischen Militarismus und die Neugestaltung Japans zu einem friedlichen Staat vor, der fähig ist, zu anderen Ländern und Völkern, darunter auch zu den Nachbarstaaten, die unter der japanischen Aggression besonders gelitten hatten, normale Beziehungen zu unterhalten. Wer tatsächlich darum bemüht ist, eine Wiederholung der japanischen Aggression zu verhindern und eine Gewähr für friedliche Beziehungen zwischen Japan und den anderen Staaten zu schaffen, muß sich dieses Ziel stecken. Somit ist die Aufgabe der Entmilitarisierung Japans eine der Hauptaufgaben, die durch einen Friedensvertrag mit Japan gelöst werden müssen. Das bedeutet in erster Linie, daß der Friedensvertrag mit Japan Bestimmungen enthalten muß, durch die die Stärke der Streitkräfte dieses Landes — der Armee, der Marine und Luftstreitkräfte — begrenzt wird. Bekanntlich stellten die japanischen Militaristen während ihrer Vorbereitungen zu der Aggression gegen andere Staaten zahlenmäßig starke Streitkräfte — Armee, Marine- und Luftstreitkräfte — auf. Kurz vor dem Ueberfall Japans auf Pearl Harbour erreichte die japanische Armee eine Stärke von 3 200 000 Mann. Bei der Kapitulation Japans im August 1945 betrug die Stärke der japanischen Armee rund 6 Millionen Mann. Allein die sogenannte Kwantungarmee, die die im Gebiet der von den japanischen Militaristen besetzten Mandschurei stationierte japanische Elitearmee darstellte, erreichte eine Stärke von fast einer Million Mann.

Es versteht sich von selbst, daß alle diese unmäßig starken Streitkräfte Japans durch Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung unterhalten wurden. Die japanischen Militaristen, die sich nach dem Beispiel ihres Aggressionspartners Hitlerdeutschland zum Ziel gesetzt hatten, sich ganze Länder und Völker zu Sklaven zu machen, nahmen wenig Rücksicht auf die Lebensinteressen des japanischen Volkes und zogen die Steuerschraube für die japanische Bauern- und Arbeiterschaft immer fester, um für die Kriegsvorbereitungen und danach für die Kriegführung soviel wie nur möglich an Mitteln herauszupressen.

Bei der Vorbereitung und dem Abschluß des Friedensvertrages mit Japan muß deshalb die Aufgabe gelöst werden, Garantien gegen das Wiedererstehen des japanischen Militarismus und andere Garantien zu schaffen, die die Möglichkeit einer Wie-

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

derholung der japanischen Aggression [illegible] schließen. Es ist selbstverständlich, daß nach dem Abschluß des Friedensvertrages sämtliche Besatzungstruppen aus Japan zurückgezogen werden müssen und japanisches Gebiet nicht für die Unterhaltung ausländischer Militärstützpunkte verwendet werden darf.

Das Fehlen eines eindeutig formulierten Hinweises darauf im Friedensvertrag würde allein schon dem Zweck einer Regelung des Friedens mit Japan widersprechen, die zur Wiederherstellung der Souveränität dieses Landes führen soll, ebenso wie es den Interessen der Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten zuwiderlaufen würde. Die erwähnten Abkommen der Mächte sehen die Umgestaltung Japans in einen demokratischen Staat vor.

Was die Potsdamer Deklaration fordert

In der Potsdamer Deklaration wird direkt darauf hingewiesen, daß „die japanische Regierung alle Hindernisse auf dem Wege zur Neubildung und Festigung demokratischer Tendenzen im japanischen Volk beseitigen muß." Ferner heißt es darin, daß „die Freiheit des Wortes, der Religion und des Denkens sowie die Achtung vor den grundlegenden Menschenrechten hergestellt werden sollen." In den Beschlüssen der Fern- [illegible] „die Grundsätze der Politik gegenüber Japan nach der Kapitulation" heißt es: „Das japanische Volk wird zur Entwicklung des Strebens nach individuellen Freiheiten und nach Achtung vor den grundlegenden Menschenrechten, besonders der Religions-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Rede- und Pressefreiheit, sowie zur Bildung demokratischer Organisationen und Vertreterkörperschaften ermutigt werden."

Die Demokratisierung Japans ist die zweite wichtige Aufgabe, die sich die Mächte noch während des Krieges gegen Japan stellten. Daß man dies tat, ist durchaus verständlich. Im militaristischen Japan herrschte eine reaktionäre Clique. Das gesamte politische und öffentliche Leben wurde von dieser Clique und von japanischen Großkonzernen wie Mitsubischi, Mitsui und anderen, die sie unterstützten, beherrscht. Daraus folgt, daß die Aufgabe der Entmilitarisierung Japans und der Verhinderung eines Wiedererstehens des japanischen Militarismus untrennbar mit der Aufgabe der Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens des Landes, mit der Aufgabe der Schaffung demokratischer Zustände in Japan verbunden ist, unter denen das Schicksal des Landes nicht von der Willkür einer Gruppe reaktionärer Militaristen abhängt.

Demokratisierung — nicht Militarisierung

Dies bedeutet, daß ein Friedensvertrag mit Japan Bestimmungen enthalten muß, die die Verwirklichung des in der Potsdamer Deklaration und in den anderen Beschlüssen der Mächte zum Ausdruck gebrachten Prinzips der Notwendigkeit einer Wiederherstellung und Festigung der demokratischen Tendenzen im japanischen Volk, der Notwendigkeit einer Demokratisierung Japans gewährleisten.

Von großer Bedeutung sind im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages für Japan die Fragen, die die Entwicklung der japanischen Wirtschaft betreffen. Bekanntlich wurde die japanische Wirtschaft in der Vergangenheit in den Dienst der militaristischen Kreise gestellt. Ihre Entwicklung wurde in dem Sinne beeinflußt, daß die japanische Industrie und Landwirtschaft auf die Dek- [illegible] kung des Rüstungsbedarfs vorbereitet wurden. Charakteristisch war für die japanische Wirtschaft sowohl vor dem Kriege als auch während des Krieges ihre Militarisierung, wodurch die lebensnotwendigen Bedürfnisse des japanischen Volkes vernachlässigt wurden. Die wichtigsten Mittel in Industrie und Landwirtschaft wurden für die Produktion von Waffen und strategisch wichtigem Material, nicht aber für die Befriedigung der Bedürfnisse der friedlichen Bevölkerung verwandt. Daraus ergibt sich, daß der Friedensvertrag mit Japan Bestimmungen enthalten muß, die neben den Beschränkungen für die japanischen Streitkräfte auch die Verhinderung einer Militarisierung der japanischen Wirtschaft vorsehen. Gleichzeitig darf der Friedensvertrag die Entwicklung einer japanischen Friedenswirtschaft nicht hemmen.

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Japanische Friedensindustrie mußte entwickelt werden

Dieses Prinzip wurde bereits in der Potsdamer Deklaration formuliert, die bekanntlich von den USA, Großbritannien, China und der UdSSR unterzeichnet wurde. Von diesem Prinzip der Potsdamer Deklaration ausgehend, stellte die Sowjetregierung bereits im September 1948 in der Fernostkommission den Antrag, daß außer dem Verbot der Wiederherstellung und Errichtung einer japanischen Rüstungsindustrie und der Schaffung einer entsprechenden Kontrolle für die Einhaltung dieses Verbots der Wiederherstellung und Entwicklung einer japanischen Friedensindustrie, die die Befriedigung der Bedürfnisse der japanischen Bevölkerung sowie die Entwicklung der Handelsbeziehungen Japans zu anderen Ländern gemäß dem Bedarf der japanischen Friedensindustrie zum Ziel hat, keine Grenzen gesetzt werden sollen.

In ihren Anmerkungen vom 7. Mai dieses Jahres zu dem vorher von der USA-Regierung mitgeteilten Entwurf eines Friedensvertrages für Japan bestand die Sowjetregierung, von dem erwähnten Prinzip ausgehend, darauf, daß Japan in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft keinerlei Beschränkungen auferlegt und alle Beschränkungen hinsichtlich des Handels Japans mit anderen Staaten aufgehoben werden.

Muß man lang und breit darüber reden, daß die Gewährleistung einer unbegrenzten Entwicklung der Friedenswirtschaft Japans und die Entwicklung seines Außenhandels nicht nur im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten und der Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Japan und den anderen Staaten, sondern auch im Interesse des japanischen Volkes liegt? Eine solche Entwicklung der Wirtschaft Japans würde dem japanischen Volk zum ersten Male die Möglichkeit einer Hebung seines Wohlstandes erschließen. Gegen die Aufnahme solcher Bestimmungen in den japanischen Friedensvertrag können nur diejenigen Einwände erheben, die die japanische Wirtschaft zu knebeln und sie in Abhängigkeit von den Interessen ausländischer Monopole zu bringen bemüht sind — jene, die bestrebt sind, auch in Zukunft die Entwicklung der japanischen Wirtschaft nicht auf die Befriedigung der Bedürfnisse des japanischen Volkes, sondern auf die Festigung der [illegible] Wirtschaftsbeziehungen Japans zu anderen Staaten zu lenken, sondern auf die Militarisierung Japans und auf die Anpassung seiner Wirtschaft an die Pläne für einen neuen Krieg im Fernen Osten, die von einigen Großmächten geschmiedet werden.

USA suchen in Japan billige Arbeitskräfte

Eine gesunde Friedenswirtschaft Japans würde es ermöglichen, die von einer Reihe von Staaten, die von der japanischen Besetzung betroffen waren, erhobenen berechtigten Forderungen nach Ersatz des ihnen von dem japanischen Aggressor zugefügten Schadens ohne Schwierigkeiten zu befriedigen. Das zu erfüllen, würde Japan verhältnismäßig leichter fallen, als wenn es diesen Schaden unmittelbar durch Verwendung der Arbeitskraft der japanischen Bevölkerung begleichen müßte, wie es in dem amerikanisch-britischen Entwurf vorgesehen ist. Es ist nicht schwer, sich darüber klar zu werden, von welchen Erwägungen der in dem Entwurf enthaltene Vorschlag bestimmt wurde. Er wurde durch das Bestreben veranlaßt, die billige Arbeitskraft des japanischen Arbeiters und Bauern auszunutzen, ohne Rücksicht darauf, daß diese für Japan nachteilige Form des Schadenersatzes dem Lande einen bedeutenden Teil seiner Produktivkräfte entzieht. Diese Form ist nicht für jene Länder von Vorteil, die berechtigte Ansprüche auf Ersatz des ihnen zugefügten Schadens durch Japan erheben; denn diese Länder haben einen Ueberfluß an Arbeitskräften. Sie ist für einige Großmächte von Vorteil, die sich durch Ausnutzung der billigen Arbeitskraft der Japaner bereichern wollen.

Die territorialen Fragen müssen gelöst werden

Der Friedensvertrag mit Japan muß selbstverständlich eine Reihe von territorialen Fragen lösen, die mit der Friedensregelung mit Japan verbunden sind. Bekanntlich übernahmen die USA, Großbritannien, China und die Sowjetunion auch in dieser Hinsicht bestimmte Verpflichtungen.

Diese Verpflichtungen sind in der Deklaration von Kairo, in der Potsdamer Deklaration sowie im Abkommen von Jalta niedergelegt.

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Taiwan gehört zu China

In diesem Abkommen fanden die völlig unbestreibaren Rechte Chinas, jetzt der Volksrepublik China, auf die Gebiete ihre Anerkennung, die noch heute von China abgetrennt sind. Es ist nicht zu bestreiten, daß die von alters her zu China gehörenden, jetzt losgetrennten Gebiete, wie die Insel Taiwan (Formosa), die Pescadores-Inseln, die Paracelsus-Inseln und andere chinesische Gebiete, der Chinesischen Republik zurückgegeben werden müssen.

Ebenso unbestreitbar sind die Rechte der Sowjetunion auf den Südteil der Insel Sachalin und auf alle in ihrer Nähe liegenden Inseln sowie auf die Kurilen, die jetzt unter der Souveränität der Sowjetunion stehen.

Deshalb darf es bei der Lösung der territorialen Fragen im Rahmen der Vorbereitungen zu dem Friedensvertrag mit Japan keine Unklarheit geben, wenn man von den unbestreitbaren Rechten der Staaten auf die Gebiete ausgeht, die Japan mit Waffengewalt an sich gerissen hatte.

Das sind die Hauptprinzipien, die in Uebereinstimmung mit den bereits vorliegenden internationalen Abkommen dem Friedensvertrag mit Japan zugrunde gelegt werden müssen und deren Verwirklichung die Herstellung eines dauerhaften Friedens im Fernen Osten bedeuten würde.

II. Amerikanisch-englischer Entwurf kein Friedensvertrag, sondern ein Pakt der Kriegsvorbereitung

Es erhebt sich die Frage, inwieweit der amerikanisch-britische Friedensvertragsentwurf für Japan den Prinzipien entspricht, die in den entsprechenden Abkommen der alliierten Mächte hinsichtlich Japans formuliert wurden, und folglich, inwiefern er den Interessen der Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten entspricht.

In diesem Zusammenhang ist in erster Linie die Frage erlaubt, ob dieser Entwurf irgendwelche Garantien gegen die Wiederherstellung Japans als eines aggressiven Staates enthält. Leider gibt es darin in dieser Hinsicht keinerlei Garantien. Daß der Entwurf keinerlei Garantien gegen das Wiedererstehen des japanischen Militarismus enthält, bezeugt allein die Tatsache, daß er für den Umfang der Streitkräfte Japans keinerlei Beschränkungen festlegt. Es ist indessen allgemein bekannt, daß in den Friedensverträgen, die nach dem zweiten Weltkrieg mit anderen Staaten geschlossen wurden, besonders in dem Friedensvertrag mit Italien, klare und genaue Bestimmungen enthalten sind, die den Umfang der Streitkräfte der entsprechenden Staaten bestimmte Grenzen setzen. Japan allerdings erhält in dieser Hinsicht im Vergleich zu den anderen Staaten eine priviligierte Stellung, obgleich dafür kein Grund vorliegt.

Somit steht der amerikanisch-britische Entwurf in krassem Widerspruch zu denjenigen Grundsätzen, auf deren Grundlage ein echter Friedensvertrag mit Japan abgeschlossen werden kann, der den Frieden im Fernen Osten garantiert und Schutz gegen eine Wiederholung der japanischen Aggression bietet.

Dieser Entwurf steht außerdem im Widerspruch zu den Beschlüssen der Fernostkommission, die erst im Jahre 1947 in dem erwähnten Dokument, „die Grundsätze der Politik gegenüber Japan nach der Kapitulation" die Aufgabe gestellt hat, „die physische und geistige Entmilitarisierung Japans zu vollenden, und zwar auf dem Wege der Durchführung einer Reihe von Maßnahmen, die die Einführung einer strengen Kontrolle, die vollständige Entwaffnung sowie eine Wirtschaftsreform fordern, und deren Ziel darin besteht, Japan der Möglichkeit, einen Krieg zu führen, zu berauben, die militaristischen Einflüsse auszuschalten und eine strenge Rechtsprechung in bezug auf die Kriegsverbrecher durchzuführen." Dieser Beschluß wurde von allen Mitgliedstaaten der Fernostkommission gebilligt: Australien, Kanada, China, Frankreich, Indien, den Niederlanden, Neuseeland, den Philippinen, der UdSSR, Großbritannien und den USA. Die Verfasser des amerikanisch-britischen Entwurfs für den Friedensvertrag mit Japan sind bemüht, die Bedeutung dieser Tat-

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

sache abzuschwächen, indem sie darauf hinweisen, daß der Beschluß der Fernostkommission angeblich nur für den Zeitraum bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Japan Bedeutung habe. Es bedarf jedoch keiner großen Anstrengung, um die völlige Haltlosigkeit dieser Bemühungen aufzuzeigen. Es genügt zum Beispiel, darauf hinzuweisen, daß in diesem Beschluß auf die Maßnahmen Bezug genommen wird, die durchgeführt werden müssen, „um Japan der Möglichkeit zu berauben, einen Krieg zu führen."

Japanische Söldner im Koreakrieg

Schon aus der Tatsache geht ganz klar hervor, daß der Beschluß der Fernostkommission natürlich auch die gesamte Nachkriegszeit in Betracht zieht. Der amerikanisch-britische Entwurf für den Friedensvertrag mit Japan liegt auf der gleichen Ebene, wie die gegenwärtige Praxis der amerikanischen Besatzungsbehörden in Japan in bezug auf die Neugründung verschiedenartiger militaristischer Organisationen, die Errichtung und Erweiterung von Land-, See- und Luftstützpunkten in Japan, in bezug auf die Neuaufstellung eines japanischen Landheeres, japanischer Luft- und Seestreitkräfte sowie hinsichtlich der ehemaligen japanischen Militärarsenale, die erweitert und modernisiert werden. Schon jetzt wird die japanische Industrie immer mehr auf die Herstellung von Waffen und kriegswichtigem Material umgestellt. Die Material- und Menschenreserven Japans werden von den USA bei ihrer militärischen Intervention in Korea, die rechtswidrig unter der Flagge der UN durchgeführt wird, in breitestem Maße ausgenutzt.

Alle diese Maßnahmen, die von der USA-Regierung in Japan durchgeführt werden, zeigen ebenso wie der von uns hier erörterte Entwurf des Friedensvertrages mit Japan, daß die USA-Regierung gemeinsam mit anderen Staaten übernommene Verpflichtung, die Wiedergeburt eines aggressiven japanischen Staates nicht zuzulassen, ignoriert.

Nur USA an Japans Militaristen interessiert

Die USA-Regierung tritt für die Wiederherstellung des japanischen Militarismus ein. Dagegen müssen diejenigen Staaten entschieden protestieren, die an der Sicherung eines wahrhaften Friedens im Fernen Osten wirklich interessiert sind. Daher ist im amerikanisch-britischen Entwurf keine Garantie gegen die Wiedergeburt des japanischen Militarismus enthalten und keine Garantie für die Sicherheit der Länder, die unter der Aggression des militaristischen Japan gelitten haben, obgleich darin eine der Hauptaufgaben bei der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan bestehen muß.

Im amerikanisch-britischen Entwurf ist der Beitritt Japans zu den Militärblocks vorgesehen, die unter der Führung der USA gebildet wurden und deren Zweck mit den Interessen der Erhaltung des Friedens im Fernen Osten nichts gemein hat. Es ist bekannt, welches Ziel damit verfolgt wird, daß im Entwurf des Friedensvertrages Bestimmungen enthalten sind, die den Abschluß von Militärabkommen zwischen Japan und anderen Staaten vorsehen. Die USA-Regierung will erreichen, daß die Frage des Abschlusses eines Militärabkommens zwischen den USA und Japan schon im Friedensvertrag im voraus entschieden werde und daß auf diese Weise schon beim Abschluß des Friedensvertrages mit Japan das Schicksal des Landes als amerkanischer Militärstützpunkt im voraus bestimmt werde.

Die Aufgabe, die Wiedergeburt des japanischen Militarismus nicht zuzulassen, und die Sicherheit derjenigen Länder, die unter der japanischen Aggression gelitten haben, zu garantieren, wird von den USA durch den Abschluß von Militärabkommen mit Japan ersetzt. Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß der Abschluß eines solchen Abkommens Japan noch mehr zur Wiedererwekkung des Militarismus drängen und noch mehr die militaristischen Kreise in Japan begünstigen wird, die ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen des japanischen Volkes bereit sind, sich in neue Kriegsabenteuer gegen die Nachbarstaaten einzulassen.

Der amerikanisch-britische Entwurf des Friedensvertrages mit Japan drängt Japan die Verpflichtung auf, in die militärische

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Gruppierung einzutreten, die gegen die Nachbarstaaten Japans und in erster Linie gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik China gerichtet ist. Dies ist zum Beispiel aus der Tatsache ersichtlich, daß die Teilnahme solcher Staaten wie der Volksrepublik China und der Sowjetunion an dem Militärabkommen, das in dem amerikanisch-britischen Entwurf vorgesehen ist, ausgeschlossen ist.

Lügen können Aggressionspläne nicht tarnen

Es ist unmöglich den wahren Charakter dieser Forderung, deren Ziel es ist, Japan durch die Verpflichtung zur Teilnahme an der von den USA geführten Gruppierung schon jetzt an Händen und Füßen zu binden, durch irgendwelche lügnerischen Phrasen vom Recht Japans auf „individuelle und kollektive Selbstverteidigung" zu tarnen, da für Japan keinerlei Bedrohung durch die Nachbarstaaten besteht. Die in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Notwendigkeit für Japan, irgendwelchen militärischen Gruppierungen mit dem angeblichen Ziel der Selbstverteidigung beizutreten, entbehrt jeder Grundlage. Die Hinweise auf die angeblich für Japan existierende Notwendigkeit, Militärabkommen und Bündnisse mit anderen Staaten zu schließen unter dem Vorwand, dies werde von den Interessen der Selbstverteidigung Japans diktiert, sind um so lächerlicher, als Japan bekanntlich im Laufe eines Jahrhunderts keinem Ueberfall von irgendeiner Seite ausgesetzt war.

Diese Hinweise werden offensichtlich unternommen, um die öffentliche Meinung über die wahren Ziele irrezuführen, die die Verfasser des amerikanisch-britischen Entwurfs mit der Einbeziehung Japans in ihre aggressiven Militärgruppierungen verfolgen, denn diese Ziele haben nichts gemein mit der Erhaltung des Friedens im Fernen Osten.
Die im amerikanisch-britischen Entwurf des Friedensvertrages vorgesehene Einbeziehung Japans in die militäischen Gruppierungen muß eine Beunruhigung auf seiten derjenigen Staaten hervorrufen, die an der Erhaltung und Wahrung des Friedens im Fernen Osten wirklich interessiert sind.

In diesem Zusammenhang ist es unerläßlich, auch die Frage des Abzugs der Besatzungstruppen aus Japan und die Frage der Nichtzulassung der Schaffung ausländischer Militärstützpunkte auf japanischem Territorium zu berühren.

Amerikanischer Entwurf mit Hintertüren

Bekanntlich ist in den Friedensverträgen, die nach dem zweiten Weltkrieg abgeschlossen wurden, darunter im Friedensvertrag mit Italien, genau festgelegt, daß die Besetzung in einer möglichst kurzen Frist beendet werden muß, auf jeden Fall nicht später als 90 Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages. Der amerikanisch-britische Entwurf (Art. 6) enthält formal eine solche Bestimmung. Im gleichen Artikel jedoch ist die Rede von der Möglichkeit, Streitkräfte auf dem japanischen Territorium zu belassen, „in Uebereinstimmung mit oder als Folge irgendeines zweiseitigen oder mehrseitigen Abkommens, das zwischen Japan einerseits und einer oder mehreren verbündeten Mächten andererseits abgeschlossen worden ist oder abgeschlossen werden kann." Es ist klar, daß die Klausel über den Abzug der Okkupationstruppen in 90 Tagen eine leere und nichtssagende Phrase ist, die ganz offensichtlich gebraucht wurde, um naive Menschen über die wirkliche Bedeutung dieses Artikels des Entwurfs irrezuführen. Ihre wahre Bedeutung liegt darin, daß Japan schon jetzt Abkommen aufgedrängt werden, nach denen es sich im voraus verpflichtet, entsprechend den aggressiven Plänen der USA, im Fernen Osten sein Territorium zur Schaffung von Stützpunkten für die amerikanischen Land-, Marine- und Luftstreitkräfte zur Verfügung zu stellen. Wer wüßte nicht, daß schon seit längerer Zeit zwischen der USA-Regierung und der derzeitigen japanischen Regierung Verhandlungen darüber geführt werden, daß die amerikanischen Besatzungstruppen in Japan belassen und daß militärische Stützpunkte der USA auch nach Abschluß des Friedensvertrages mit Japan unterhalten werden sollen. Wer wüßte nicht, daß im Zuge dieser Verhandlungen die japanische Regierung einem starken Druck von seiten der USA ausgesetzt ist, unter deren tatsächlicher Kontrolle zur Zeit das politische und wirtschaftliche Leben des Landes steht?

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Chinas Rechte werden gröblich verletzt

Was den Teil des amerikanisch-britischen Entwurfs für den Friedensvertrag mit Japan betrifft, der sich auf die territorialen Fragen bezieht, so hält es die Delegation der UdSSR für unerläßlich, zu erklären, daß dieser Entwurf gröblichst die unbestreitbaren Rechte verletzt, die China auf eine Rückgabe der integrierenden Teile des chinesischen Territoriums hat, die die japanischen Militaristen von China losgerissen haben — die Insel Taiwan, die Pescadores-Inseln, die Paracelsus-Inseln und andere Inseln. Der Entwurf enthält lediglich einen Hinweis über Japans Verzicht auf diese Gebiete, schweigt jedoch bewußt über das Schicksal dieser Territorien.

Faktisch aber ist Taiwan und sind die genannten Inselgruppen von den USA besetzt, und diese Aggressionsakte wollen die USA in dem hier zur Erörterung stehenden Friedensvertragsentwurf legalisieren. Das Schicksal dieser Territorien muß jedoch ganz klar sein — sie müssen dem chinesischen Volk, dem eigentlichen Herren dieser Gebiete, zurückgegeben werden.

In dem Versuch, die souveränen Rechte der Sowjetunion auf Süd-Sachalin und die in seiner Nähe liegenden Inseln sowie auf die Kurilen, die schon jetzt unter der Souveränität der Sowjetunion stehen, gleichfalls gröblichst zu verletzen, beschränkt sich der Entwurf lediglich auf den Verzicht Japans auf die Rechte, Rechtsgrundlagen und Ansprüche auf diese Territorien, wobei er die historische Zugehörigkeit dieser Territorien und die unbestreitbare Pflicht Japans, die Souveränität der Sowjetunion auf diese Teile des Territoriums der UdSSR anzuerkennen, verschweigt.

Wir sprechen gar nicht davon, daß die USA und Großbritannien, die seinerzeit die Deklaration von Kairo und Potsdam sowie das Abkommen von Jalta unterzeichnet haben, durch einen solchen Vorschlag hinsichtlich der territorialen Fragen den Weg gröbster Verletzungen der Verpflichtungen beschreiten, die sie in diesem internationalen Abkommen übernommen hatten.

Washingtons Annexionspolitik auf Kosten Japans

Der amerikanisch-britische Entwurf sieht die Aberkennung der Souveränität Japans über die Riukiu- und Bonin-Inseln sowie über die Rosario-, Volcano-, Paracelsus-, Vela-, Markus- und Daito-Inseln und ihre Eingliederung in die Verwaltung der USA vor, angeblich, weil die Treuhänderschaft der Vereinten Nationen über die Inseln errichtet werden soll. Es ist jedoch bekannt, daß eine solche Lostrennung der genannten Inseln von Japan nicht vorgesehen ist — weder in den erwähnten Abkommen der Mächte noch in den Beschlüssen des Sicherheitsrates, der allein das Recht hat, Entscheidungen über die Treuhänderschaft in einem Gebiet von strategischer Bedeutung zu treffen. Dies bedeutet also, daß die Forderung, die der amerikanisch-britische Entwurf enthält, willkürlich und rechtswidrig ist.

Vergeblich werden wir im amerikanisch-britischen Entwurf des Friedensvertrages Bestimmungen suchen, die sich auf die Demokratisierung Japans beziehen. Auch in dieser Hinsicht entspricht der Entwurf nicht den Forderungen, die an einen Friedensvertrag mit Japan gestellt werden müssen — ungeachtet der Tatsache, daß in der Potsdamer Deklaration auf die Notwendigkeit der Demokratisierung Japans direkt hingewiesen wird.

Hexenjagd auf Demokraten

In den Beschlüssen der Fernostkommission ist ebenfalls — wie wir bereits ausgeführt haben — die Rede von der Notwendigkeit, das japanische Volk bei der Bildung „demokratischer Organisationen und Vertreterkörperschaften" zu unterstützen und es zur Achtung der grundsätzlichen Menschenrechte zu veranlassen. Wie in dieser Hinsicht die augenblickliche Lage in Japan ist, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, daß im Laufe der ganzen Besatzungszeit mit Zustimmung und direkter Unterstützung der amerikanischen Besatzungsbehörden Repressalien gegen die japanischen Gewerkschaften, gegen die demokratischen Parteien und gegen hervorragende demokratische Persönlichkeiten Japans sowie gegen die fortschrittlichen japanischen Presseorgane angewandt worden sind.

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

. . . aber Faschisten hetzen ungestört

In diesem Entwurf verlautet außerdem nichts von der Unzulässigkeit der Tatsache, daß in Japan militaristische und faschistische Organisationen aller Art ins Leben gerufen werden, wobei die Gefahr um so realer ist, als viele solcher Organisationen bereits offen tätig sind. Dies alles steht im Widerspruch zu dem direkten Hinweis in dem Beschluß der Fernostkommission, daß „alle Organisationen, die vom Geist des Militarismus und der Aggression durchdrungen sind, energisch unterdrückt werden sollen". Dies alles veranlaßt uns, ernstlich darüber nachzudenken, worauf die Urheber des amerikanisch-britischen Friedensvertragsentwurfs hinaus wollen und auf welchen Weg sie Japan drängen wollen.

Aus einer sorgfältigen Analyse des amerikanisch-britischen Friedensvertragsentwurfs ergibt sich mit völliger Klarheit, daß dieser Entwurf nicht nur die Wiedergeburt des japanischen Militarismus vorsieht, womit die reale Gefahr einer Wiederholung der japanischen Aggression gegeben ist, sondern auch darauf berechnet ist, die Militaristen und Reaktionäre, die Japan bereits einmal in eine nationale Katastrophe hineintrieben, erneut ans Staatsruder zu bringen.

Amerikanischer Entwurf von den Interessen der Monopole diktiert

Ernste Aufmerksamkeit verdienen schließlich diejenigen Bestimmungen des amerikanisch-britischen Entwurfs, die den Wirtschaftsfragen gewidmet sind. Was die Wirtschaftsfragen anbetrifft, so wird in dem Entwurf das Hauptaugenmerk auf die Verankerung der wirtschaftlichen Privilegien gerichtet, die einige Staaten, in erster Linie die USA, nach dem Kriege und während der Besetzung des Landes in Japan erhielten. In dem Entwurf sind genau ausgearbeitete Bestimmungen enthalten, in denen die Beibehaltung der führenden Stellung der ausländischen Monopole in der japanischen Wirtschaft vorgesehen ist. Dies trifft auf die japanische Industrie, auf die japanische Schiffahrt, auf den Außenhandel Japans und auf die Garantie verschiedener Rechte und Ansprüche ausländischer Firmen und juristischer Personen gegenüber Japan zu. Gleichzeitig wird in dem Vertragsentwurf mit keinem Wort die Notwendigkeit erwähnt, für Japan die ungehinderte Entwicklung seiner Friedensindustrie und seines Außenhandels, die Entwicklung seiner Schiffahrt und seines Handelsschiffbaues zu sichern. Dies kann man keinesfalls als einen Zufall bezeichnen. Kein Geheimnis ist es, wer daran interessiert ist, die japanische Industrie in die Zange zu nehmen und die japanischen Märkte mit ausländischen Industrieerzeugnissen zu überschwemmen.

USA wollen keine Gleichberechtigung für Japan

Vergebens werden wir in diesem Entwurf nach irgendwelchen Hinweisen darauf Ausschau halten, daß Japan gleichberechtigt mit den anderen Staaten zu den Rohstoffquellen zugelassen werden soll, obgleich dies in der Potsdamer Deklaration direkt vorgesehen ist. Eine solche Bestimmung enthält der Entwurf deshalb nicht, weil sie für die USA und für Großbritannien, die sämtliche Hauptrohstoffquellen der Welt an sich zu reißen versuchen, unvorteilhaft ist. Deshalb kann der der Konferenz vorgelegte amerikanisch-britische Friedensvertragsentwurf für Japan in keiner Weise zur Regelung der Frage des Friedens mit Japan dienen und nicht im geringsten die Gewähr dafür bieten, daß sich eine japanische Aggression in Zukunft nicht wiederholt. Der amerikanisch-britische Vertragsentwurf kann und wird keinen einzigen Staat zufriedenstellen, der nicht mit Worten, sondern mit Taten für die Errichtung eines dauerhaften Friedens und für die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges eintritt.

Besonders kann ein solcher Entwurf nicht die Länder Asiens und des Fernen Ostens befriedigen, deren Völker die Folgen der japanischen Aggression am stärksten am eigenen Leibe verspürten und die die Wiedergeburt des japanischen Militarismus, der für die friedliche Existenz der Nachbarländer Japans im Fernen Osten eine ständige Gefahr darstellt, nicht zulassen können. Dies ist auch der Grund dafür, weshalb der amerikanisch-britische Entwurf einer Reihe von Ländern — der Volksrepublik China, Indien, Birma und einigen anderen Staaten

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

tung gegeben hat.

China urteilte gerecht

In ihren Erklärungen vom 15. August beurteilte die Zentrale Volksregierung der Volksrepublik China den amerikanisch-britischen Vertragsentwurf absolut gerecht, wenn sie sich dahingehend äußerte, daß „dieser Vertrag in Wirklichkeit ein Vertrag über Vorbereitungen zu einem neuen Kriege und nicht ein echter Friedensvertrag ist" und daß er „für die Völker Asiens eine Bedrohung bedeutet, den Frieden und die Sicherheit in der ganzen Welt verletzt und die Interessen des japanischen Volkes schädigt."

Bekanntlich verurteilte auch die Regierung Indiens den amerikanisch-britischen Entwurf, als sie erklärte, daß sie an diesem Vertrage nicht mitarbeiten könne, weil die in ihm vorgesehene „Regelung" nur den Unwillen breiter Schichten des japanischen Volkes hervorruft und weil er die Ursache künftiger Zwistigkeiten und eines möglichen Konfliktes im Fernen Osten sein müsse.

Gromykos programmatische Schlußfolgerung

Zusammenfassend kann man an Hand des amerikanisch-britischen Friedensvertragsentwurfes folgende Schlüsse ziehen:

1. Der Entwurf enthält keinerlei Garantien gegen die Wiedergeburt des japanischen Militarismus und gegen die Umwandlung Japans in einen aggressiven Staat. Der Entwurf enthält keine Garantien für die Sicherheit der Länder, die unter der Aggression des militärischen Japan zu leiden hatten. Der Entwurf schafft die Voraussetzungen für eine Wiedergeburt des japanischen Militarismus und für die Gefahr einer Wiederholung der japanischen Aggression.

2. Der Vertragsentwurf sieht faktisch keinen Abzug der ausländischen Besatzungstruppen vor. Er sichert im Gegenteil die weitere Stationierung der ausländischen Streitkräfte im japanischen Staatsgebiet und die Beibehaltung der ausländischen Militärstützpunkte in Japan auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Unter dem Vorwand der Selbstverteidigung Japans sieht der Entwurf den Beitritt Japans zu einem aggressiven Militärbündnis mit den USA. vor.

3. Der Vertragsentwurf enthält nicht nur keinerlei Verbot eines Beitritts Japans zu Koalitionen, die gegen irgendeinen der Staaten gerichtet sind, die sich am Krieg gegen das militaristische Japan beteiligt hatten, sondern er ebnet Japan sogar noch den Weg für eine Beteiligung an den aggressiven Blocks im Fernen Osten, die unter der Führung der USA. geschaffen werden.

4. Der Vertragsentwurf enthält keinerlei Bestimmungen über die Demokratisierung Japans und über die Gewährleistung demokratischer Rechte für das japanische Volk. Daraus ergibt sich die direkte Gefahr, daß die faschistischen Verhältnisse der Vorkriegszeit in Japan wiederhergestellt werden.

5. Der Vertragsentwurf verstößt auf das gröblichste gegen die wohlbegründeten Rechte des chinesischen Volkes auf einen unveräußerlichen Teil Chinas — auf Taiwan (Formosa), die Pescadores- und die Paracelsus-Inseln und die anderen Gebiete, die durch die japanische Aggression von China losgerissen wurden.

6. Der Vertragsentwurf widerspricht den Verpflichtungen, die die USA. und Großbritannien im Abkommen von Jalta in bezug auf die Rückgabe Sachalins und die Abtretung der Kurilen an die Sowjetunion übernommen haben.

7. Zahlreiche wirtschaftliche Bestimmungen laufen darauf hinaus, den ausländischen Monopolen — in erster Linie den amerikanischen — die von ihnen während der Besatzungszeit erworbenen Privilegien zu sichern, die japanische Wirtschaft gerät in eine sklavische Abhängigkeit von diesen ausländischen Monopolen.

8. Der Entwurf ignoriert faktisch die berechtigten Forderungen der von der japanischen Besetzung betroffenen Staaten auf Ersatz des ihnen zugefügten Schadens durch Japan. Gleichzeitig zwingt er Japan eine Form der Reparationsleistungen auf, die Japan völlig versklavt, indem er einen Schadenersatz unmittelbar durch die Arbeit der japanischen Bevölkerung vorsieht.

9. Der amerikanisch-britische Entwurf ist kein Vertrag des Friedens, sondern ein Vertrag über die Vorbereitung eines neuen Krieges im Fernen Osten.

 Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

III. Über das Verfahren der Vorbereitungen des Friedensvertrages mit Japan

Es ist nicht schwer, sich Gewißheit über die Tatsache zu verschaffen, daß der amerikanisch-britische Friedensvertragsentwurf für Japan nicht nur keine Garantien gegen eine Wiedergeburt des japanischen Militarismus vorsieht, sondern im Gegenteil die Voraussetzungen für eine Wiedergeburt Japans als aggressiver Staat schafft. Dies läßt sich daraus erklären, daß die Pläne der Urheber des amerikanisch-britischen Entwurfs hinsichtlich Japans nichts mit der Aufgabe gemein haben, ein Wiedererstehen des japanischen Militarismus zu verhindern und den Frieden und die Sicherheit der von der japanischen Aggression betroffenen Staaten zu gewährleisten.

Die Hauptinteressenten wurden ausgeschlossen

Diejenigen Staaten, die besonders stark unter der japanischen Aggression gelitten haben und die deshalb besonders daran interessiert sind, daß eine Wiederholung dieser Aggression verhindert wird, sind von der Beteiligung an der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan ausgeschlossen worden, und zwar trotz der Tatsache, daß das Verfahren für die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan im Potsdamer Abkommen festgelegt worden war, durch das der Außenministerrat der fünf Großmächte — UdSSR., USA., China, Großbritannien und Frankreich — bestätigt wurde, und in der bekannten Deklaration der alliierten Nationen vom 1. Januar 1942, welche vorsah, daß mit Staaten, die sich im Kriege mit den alliierten und assoziierten Nationen befanden keine separaten Friedensverträge abgeschlossen werden sollen. Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich, daß der Außenministerrat in erster Linie zur Leistung der „Vorbereitungsarbeiten für die Friedensregelung" geschaffen wird und daß bei dem Entwurf entsprechender Friedensverträge „der Rat aus Mitgliedern bestehen wird, die diejenigen Staaten vertreten, welche die Kapitulationsbedingungen für den Feindstaat unterschrieben haben, auf den sich die betreffende Aufgabe bezieht". Somit gibt es in der Frage über das Verfahren für die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan keinerlei Unklarheiten. Diejenigen, die nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten ihre Verpflichtungen einhalten, die sie in internationalen Abkommen übernommen haben, müssen das in diesem Abkommen für die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan festgelegte Verfahren genau befolgen.

USA und Großbritannien wollen diktieren

Nichts kann die Tatsache rechtfertigen, daß die Regierungen der USA. und Großbritanniens die Vorbereitung des Friedensvertrages in ihre Hand genommen haben und jetzt andere Staaten zum Abschluß des von ihnen vorbereiteten separaten Vertrages mit Japan drängen.

Es ist angebracht, hier daran zu erinnern, daß eben dieses Verfahren seinerzeit im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland Anwendung gefunden hat. Wie daraus zu ersehen ist, bestätigt auch die Erfahrung, wie gerechtfertigt die Forderung der Sowjetunion und die Forderung der Volksrepublik China ist, deren Regierung wiederholt ihren Standpunkt dahin geäußert hat, daß es unbedingt erforderlich ist, bei der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan streng das Verfahren einzuhalten, das die Aufgabe der Vorbereitung des Friedensvertrages dem Außenministerrat überträgt.

Wie schon beim Abschluß der Friedensverträge mit den anderen Ländern, müssen an der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan selbstverständlich auch alle anderen Länder teilnehmen, die am Krieg gegen Japan teilgenommen haben.

Die Sowjetregierung hat in dieser Beziehung einen entsprechenden Vorschlag bereits im Jahre 1947 in einer Note an die damalige chinesische Regierung am 30. Dezember 1947 und in einer Note an die Regierung Großbritanniens am 4. Januar 1948 gemacht.

Die USA.-Regierung, die sich das Recht angemaßt hat, bei der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan die Initiative zu ergreifen, widerspricht bekanntlich, entgegen den übernommenen Verpflichtungen, energisch der Uebertragung der Vorbereitung des Friedensvertrages an den Außen-

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

ministerrat. Zur Verteidigung dieser Haltung wird das Argument angeführt, daß ein solches Verfahren angeblich die Vorbereitung des Friedensvertrages aufhalten würde. Die Unhaltbarkeit einer solchen Behauptung ist jedoch offensichtlich, wofür zum Beispiel die Tatsache spricht, daß es sich gerade deshalb, weil diese Aufgabe vom Außenministerrat durchgeführt wurde, in den anderen Fällen schon vor vier Jahren als möglich erwiesen hat, Friedensverträge mit den erwähnten fünf Ländern abzuschließen.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die einen gemeinsamen Entwurf für den Friedensvertrag vorgelegt haben, haben einen anderen Weg beschritten, indem sie von Anbeginn zu Unrecht sowohl die Sowjetunion als auch die Volksrepublik China von jeder Mitwirkung an der Vorbereitung des Friedensvertrages ausgeschlossen haben, ohne deren Teilnahme von einer Regelung der Frage des Friedens mit Japan nicht die Rede sein kann. Die Sowjetregierung hat die Aufmerksamkeit der USA.-Regierung darauf bereits in ihren Bemerkungen vom 7. Mai zum amerikanischen Entwurf des Friedensvertrages sowie in ihrer Note vom 10. Juni dieses Jahres gerichtet.

China muß teilnehmen

Das chinesische Volk, das gezwungen war, einen langjährigen und schweren Krieg mit dem in sein Territorium eingedrungenen militaristischen Japan zu führen, hat außerordentlich schwere Opfer in diesem Kampfe gebracht. Daher darf die Regierung der Volksrepublik China, als einzige rechtmäßige Wortführerin des Willens des chinesischen Volkes, von der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan nicht ferngehalten werden. Die Sowjetregierung teilt in dieser Frage vollkommen den Standpunkt, der in entsprechenden Erklärungen von der Regierung der Volksrepublik China, insbesondere in ihrer Erklärung vom 22. Mai und in der Erklärung vom 15. August dieses Jahres, zum Ausdruck gebracht worden ist, und besteht auf der vollen Teilnahme der Volksrepublik China an der Vorbereitung und der Erörterung des Friedensvertrages mit Japan. Die gleichen Staaten, die, den USA. und Großbritannien folgend, bereit sind, den Friedensvertrag ohne Teilnahme der Volksrepublik China, Indiens und Birmas, welche besonders an der Friedensregelung interessiert sind, zu unterzeichnen, übernehmen eine schwere Verantwortung für die Folgen eines so ungerechten und rechtswidrigen Aktes.

In welcher Lage befindet sich zur Zeit diese Konferenz in San Franzisko?

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens haben die Konferenz vor die Tatsache gestellt, daß China an der Vorbereitung und Diskussion des Friedensvertrages mit Japan weder teilgenommen hat noch teilnimmt. Es ist klar, daß bei einer solchen Sachlage eine wirkliche Friedensregelung im Fernen Osten nicht erreicht werden wird. Glaubt man denn, daß sich damit gerade die Völker abfinden werden, die offen und frei ihre Gefühle der Gerechtigkeit und ihr Streben zum Frieden zwischen den Völkern zum Ausdruck bringen können?

Die Teilnahme an der San-Franzisko-Konferenz haben Indien und Birma abgelehnt, die den amerikanisch-britischen Entwurf für unannehmbar erklärt haben. Dies bedeutet, daß nicht nur China, sondern auch Indien, die die wichtigsten Staaten Asiens sind, von der Teilnahme an der Vorbereitung und Erörterung des Entwurfs für den Friedensvertrag mit Japan, den die USA. und Großbritannien den Teilnehmern dieser Konferenz aufdrängen, ferngehalten worden sind. Sind denn solche Handlungen nicht diskreditierend für die Verfasser dieses Entwurfs, und bedeutet dies nicht den Bankrott einer solchen Politik?

Warum die Sowjetunion teilnahm

Die Sowjetunion hat die Teilnahme an der San-Franzisko-Konferenz nicht abgelehnt. Dies erklärt sich aus der Notwendigkeit, allen hörbar die reine Wahrheit über den amerikanisch-britischen Entwurf zu sagen und diesem Entwurf die Forderungen für einen solchen Friedensvertrag mit Japan gegenüberzustellen, der den Interessen der Friedensregelung im Fernen Osten tatsächlich entspricht und der Festigung des allgemeinen Friedens dient.

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

IV. Die Vorschläge der Sowjetunion

Mit Rücksicht darauf, daß der amerikanisch-britische Entwurf für einen Friedensvertrag mit Japan nicht den Forderungen gerecht wird, die für den Friedensvertrag mit Japan gestellt werden, schlägt die Sowjetdelegation vor, den von den Regierungen der USA. und Großbritanniens der Konferenz vorgelegten Friedensvertragsentwurf folgendermaßen abzuändern:

1. Zu Artikel 2

a) An Stelle der Punkte „b" und „f" soll ein Punkt in folgender Fassung einbezogen werden:

„Japan anerkennt die volle Souveränität der Volksrepublik China über die Mandschurei, über die Insel Taiwan (Formosa) mit allen anliegenden Inseln, über die Pescadores-Inseln, die Pratas-Inseln, die Paracelsus-Inseln, die Amphitriten-Gruppe und die Maxfield-Bank und über die Nanschaschiuntau-Inseln einschließlich der Spratley-Inseln, und verzichtet auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf die in diesem Artikel genannten Gebiete."

b) Punkt „c" soll folgende Fassung erhalten:

„Japan anerkennt die volle Souveränität der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den südlichen Teil der Insel Sachalin mit allen anliegenden Inseln sowie über die Kurilen, und verzichtet auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf diese Gebiete."

2. Zu Artikel 3

Der Artikel soll folgende Fassung erhalten: „Die Souveränität Japans wird sich auf ein Gebiet erstrecken, das aus den Inseln Honsiu, Kiusiu, Sokoku, Hokkaido sowie aus den Riukiu-, Bonin-, Rosario-, Volcano-, Pares-Vela-, Marcus-, Tsusima- und den anderen Inseln besteht, die bis zum 7. Dezember 1941 zu Japan gehörten, mit Ausnahme jener Gebiete und Inseln, die in Artikel 2 erwähnt wurden."

3. Zu Artikel 6

Punkt „a" soll folgende Fassung erhalten: „Alle Streitkräfte der alliierten und assoziierten Mächte werden in möglichst kurzer Frist, jedoch spätestens 90 Tage nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages, aus Japan zurückgezogen. Danach wird keine einzige der alliierten oder assoziierten Mächte, auch keine andere ausländische Macht auf japanischem Gebiet Truppen oder Militärstützpunkte haben."

4. Zu Artikel 14

Punkt „a" und Unterpunkt 1 desselben Punktes sollen durch folgenden Wortlaut ersetzt werden:

„Japan übernimmt die Verpflichtung, die Verluste zu ersetzen, die durch militärische Operationen gegen die alliierten oder assoziierten Mächte sowie durch Besetzung des Gebietes einiger alliierter oder assoziierter Mächte verursacht wurden. Das Ausmaß und die Quellen für die Aufbringung der von Japan zu zahlenden Reparationen sollen auf einer Konferenz der interessierten Staaten unter unbedingter Beteiligung der Länder, die der japanischen Besetzung unterworfen waren, und zwar: der Volksrepublik China, Indonesiens, der Philippinen und Birmas — und mit Einladung Japans zu dieser Konferenz — besprochen werden."

5. Zu Artikel 23

An Stelle der Punkte „a" und „b" soll ein Punkt folgender Fassung einbezogen werden:

„Der vorliegende Vertrag wird von den Staaten ratifiziert werden, die ihn unterzeichnen werden, einschließlich Japans, und er wird für alle Staaten, die ihn danach ratifizieren, in Kraft treten, wenn die Ratifikationsurkunden von Japan und der Mehrheit der folgenden Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion, der Volksrepublik China und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, zur Verwahrung gegeben wurden, und zwar: Australien, Birma, Kanada, Ceylon, Frankreich, Indien, Indonesien, die Niederlande, die Mongolische Volksrepublik, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten von Amerika. Es wird für jeden Staat, der ihn später ratifiziert, von dem Augenblick an in Kraft treten, in dem die Ratifikationsurkunde zur Aufbewahrung gegeben wurde."

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

6. Neuer Artikel (unter Kapitel 4):

„Japan verpflichtet sich, alle Hindernisse auf dem Weg zur Wiederherstellung und Festigung demokratischer Tendenzen im japanischen Volk zu beseitigen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um eine Gewähr dafür zu schaffen, daß alle Personen, die unter japanischer Rechtsprechung stehen, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion, die Menschenrechte und die grundsätzlichen Freiheiten genießen, einschließlich der Rede-, Presse- und Publikationsfreiheit, der Religions- und Versammlungsfreiheit sowie der Freiheit der politischen Ueberzeugung."

7. Neuer Artikel (unter Kapitel 4):

„Japan verpflichtet sich, das Wiedererstehen faschistischer und militaristischer Organisationen, sei es politischer, militärischer oder halbmilitärischer Organisationen, deren Ziel es ist, das Volk seiner demokratischen Rechte zu berauben, auf japanischem Gebiet nicht zuzulassen."

Die militärischen Bestimmungen

8. Neuer Artikel (unter Kapitel 3):

„Japan verpflichtet sich, keine Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeine Macht gerichtet sind, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Japan teilgenommenn hat."

9. Neuer Artikel (unter Kapitel 3):

„Die Bewaffnung der japanischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte wird strengen Beschränkungen unterworfen werden, so daß sie ausschließlich den Aufgaben der Selbstverteidigung entspricht.

In Uebereinstimmung mit dem oben Dargelegten ist es Japan gestattet, Streitkräfte, einschließlich Grenzschutz und Gendarmerie, zu unterhalten, de nicht stärker sind als:

a) Landheer, einschließlich Flakartillerie, mit einer Gesamtstärke von 150 000 Mann;
b) Kriegsflotte mit einer Stärke von 25 000 Mann und einer Gesamttonnage von 75 000 Tonnen;

c) Luftstreitkräfte, darunter die Luftstreitkräfte der Kriegsflotte, mit 200 Jagd- und Aufklärungsflugzeugen sowie 150 Transport-, Seerettungs-, Uebungs- und Verbindungsflugzeugen, einschließlich der Reserveflugzeuge, mit einer Gesamtmannschaftsstärke von 20 000 Mann.

Japan darf keine Flugzeuge haben oder erwerben, die als Bombenflugzeuge geeignet sind.

d) Die Gesamtzahl der mittleren und schweren Panzer in den japanischen Streitkräften darf 200 nicht übersteigen.

e) Die Mannschaftsstärke der Streitkräfte wird in jedem Falle das Kampfpersonal sowie das nicht für den Kampfeinsatz bestimmte Personal und das Stabspersonal mit einschließen."

10. Neuer Artikel (unter Kapitel 3):

„Es ist Japan verboten, in irgendeiner Form eine militärische Ausbildung der Bevölkerung in einem Umfang vorzunehmen, der die Erfordernisse der Streitkräfte übersteigt, deren Aufrechterhaltung Japan durch den noch zu numerierenden Artikel des vorliegenden Vertrags, in dem Ausmaß der Streitkräfte Japans festgelegt ist, gestattet ist."

11. Neuer Artikel (unter Kapitel 3):

„Japan darf weder besitzen, noch produzieren, noch damit Versuche anstellen:

(1) Alle Arten von Atomwaffen und andere Mittel zur Massenvernichtung von Menschen, einschließlich bakteriologischer und chemischer Waffen;

(2) mit eigenem Antrieb fliegende Geschosse oder Apparate, die ferngelenkt werden (mit Ausnahme von Torpedos und Torpedoapparaten, die die normale Bewaffnung der in vorliegendem Vertrag zugelassenen Kriegsschiffe darstellen);

(3) Geschütze, die eine Reichweite von mehr als 30 Kilometer haben;

(4) Seeminen oder Torpedos ohne Kontaktzündung;

(5) Torpedos, die bemannt werden können."

12. Neuer Artikel (unter Artikel 4)

„Japan werden keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedensindustrie sowie in der Entwicklung des Handels Japans mit anderen Staaten und in bezug auf seinen Zutritt zu den Rohstoffvorräten entsprechend den Bedürfnissen der Friedenswirtschaft Japans auferlegt. Im gleichen Maße werden Japan keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Handelsschiffahrt und seines Handelsschiffbaues auferlegt."

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

13. Neuer Artikel (unter Artikel 3):

„(1) Die La-Perouse-Meerenge und die Nemuro-Meerenge, längs der gesamten japanischen Küste sowie die Meerengen von Tsugaru und Tsusima müssen entmilitarisiert werden. Diese Meerengen werden immer für die Durchfahrt von Handelsschiffen aller Länder offen sein.

(2) Die in Punkt 1 dieses Artikels erwähnten Meerengen dürfen nur für die Durchfahrt jener Kriegsschiffe geöffnet werden, die den an die Japanische See angrenzenden Mächten gehören."

Die Sowjetdelegation ersucht die Konferenzteilnehmer, diese Vorschläge der Sowjetregierung zu erörtern.

Überreicht durch:

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

können die sozialdemokratischen Arbeiter für den proletarischen Klassenkampf gewonnen werden.

Die rechten sozialdemokratischen Führer vertreten weder die Tagesinteressen der Arbeiterschaft noch die Lebensinteressen der Nation. Sie lehnten die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und den Kampf um den Frieden ab.

Sie sind in der Tat gegen die Wiedervereinigung Deutschlands, denn sie haben sich am energischsten gegen eine gesamtdeutsche Beratung gewehrt.

Sie sind gegen die Sicherung der demokratischen Rechte, denn auf ihre Initiative kam das terroristische Blitzgesetz, das Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter zustande, sie forderten das Verbot der FDJ und der Volksbefragung. Mit einem Wort, die rechten sozialdemokratischen Führer sind die eifrigsten Befürworter der amerikanischen Politik in Deutschland. Sie holen sich ihre Aufträge von Zeit zu Zeit direkt aus Washington, wie die jüngste Reise des DGB-Vorsitzenden Fette beweist. Zwar mimt Herr Schumacher der Bonner Regierung gegenüber Opposition, aber es ist eine durchaus „konstruktive Opposition", das heißt

eine Opposition, die organisch zur Konstruktion der amerikanischen Deutschlandpolitik gehört.

Denn diese Schumacheropposition hat die für die amerikanischen ... wichtige Aufgabe, die Herausbildung einer echten Opposition gegen die Bonner Katastrophenpolitik zu erschweren. Die Rede Schumachers nach dem Volkskammerappell war dafür charakteristisch. Nach einigem Geplänkel mit Adenauer unterstützte er ihn restlos in den Hauptfragen, besonders in der Ablehnung einer gesamtdeutschen Beratung. Er war es, der den Startschuß für das Ablenkungsmanöver mit den Berliner Wahlen gab.

Die rechten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer haben die Aufgabe übernommen, die westdeutsche Arbeiterschaft vor den Wagen des amerikanischen und deutschen Imperialismus zu spannen und wieder — wie 1914 — in den Völkermord zu hetzen.

Über diese Rolle ihrer Führer müssen wir die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften geduldig aufklären, um sie für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zum Kampf um Frieden, nationale Einheit und Demokratie zu gewinnen. Dabei müssen wir jedem einzelnen sozialdemokratischen Arbeiter die Frage vorlegen, wie er zur gesamtdeutschen Beratung steht und müssen ihm klarmachen, daß ihre Interessen nicht durch Empfänge ihrer Führer bei amerikanischen Generalen, sondern nur durch eine Verständigung unter den Deutschen wahrgenommen werden können.

Die Diskussion mit den sozialdemokratischen Arbeitern findet einen sehr günstigen Boden, denn unter den einfachen Mitgliedern der SPD und des DGB wächst die Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Führer. Das zeigt sich in dem großen Widerhall, den der offene Brief des ZK unserer Partei an die SPD und an die KPD fand, der von vielen sozialdemokratischen Arbeitern begrüßt wurde. Ein klarer Beweis dafür war auch die Kreis- und Abteilungsvorständekonferenz der West-Berliner SPD am 14. September, auf der die sozialdemokratischen Funktionäre scharf mit der Politik der Reuter, Neumann und Mattick abrechneten. Dort erklärte der SPD-Genosse M a h l e, „daß der Parteivorstand alles vergesse, was einmal zum festen Bestand des Parteiprogramms gehört habe und in jahrzehntelangem Kampf erzwungen worden sei". Genosse Mahle hat völlig recht. Aber was sagt er anderes, als daß die SPD-Führer nichts mit einer sozialistischen Arbeiterpartei zu tun haben.

Die Voraussetzungen für die Herstellung der Aktionseinheit sind in Westdeutschland und West-Berlin außerordentlich günstig. Es liegt an uns, sie zu nutzen. Machen wir endlich mit jedem Sektierertum Schluß. Erkennen wir in den SPD-Arbeitern unsere Klassengenossen, helfen wir ihnen, sich zum proletarischen Klassenbewußtsein durchzuringen, schaffen wir die Aktionseinheit — und wir entwickeln die Arbeiterklasse zu der unwiderstehlichen Kraft, die ihrer Rolle als Führer im nationalen Kampfe gerecht wird!

Die Rolle der Hauptstadt Deutschlands

Ich möchte nun einige Worte zur Lage in Berlin sagen. Ich habe bereits über den Versuch gesprochen, durch den Vorschlag von Berliner Wahlen von den gesamtdeutschen Problemen, besonders aber von der Remilitarisierung abzulenken. Dieser Versuch deutet darauf hin, daß Westberlin von den Remilitaristen nach wie vor als Provokationsherd benutzt werden soll, um das große Rettungsprogramm der Nation zu stören. Die letzten Provokationen in Westberlin und an den Sektorengrenzen zeigen, daß den Spaltern Berlin immer noch einen Krieg wert ist.

Die Politik der Westberliner Spalter ist — wenn das möglich ist — noch verbrecherischer als die ihrer westdeutschen Kollegen. Denn keine Bevölkerung hat unter der Spaltung und der Kriegspolitik so zu leiden wie die Westberliner Bevölkerung. Die wirtschaftliche Lage Westberlins wird immer trostloser. Die Leute, die in ihrem Programm die „Vollbeschäftigung" fordern, sind seit Jahren nicht in der Lage, den mehr als 300 000 Arbeitslosen Westberlins Beschäftigung zu geben. Die Preiserhöhungen jagen einander: für Milch, Zucker, Bier und andere Massenbedarfsartikel. Dabei ist der Westberliner Senat trotz seiner Kraftmeierei nicht in der Lage, die Westberliner Bevölkerung zu ernähren. Der Winter steht vor der Tür. Die Bevölkerung in Westberlin macht sich berechtigte Sorge um die Lieferung von Heizmaterial. Der Westberliner Senat aber ist unfähig, den Hausbrandbedarf der Westberliner Bevölkerung zu decken. Sie deckt ihren Bedarf im demokratischen Sektor. Vor einigen Tagen gab das Präsidium der Stummpolizei in einem Fernschreiben Nr. 1711 der Abteilung IV folgende Anweisung an alle Polizeidienststellen in Westberlin:

„Infolge der Schwierigkeiten bei Kohlenanfuhren aus der Bundesrepublik nach Westberlin sind ab sofort bei den Kontrollen an den Sektorengrenzen die Einfuhr von 15 Zentner Braunkohle und 1 Meter Brennholz nicht mehr zu beschlagnahmen. gez. Schneider."

Damit hat der Westberliner Senat offen eingestanden, daß er nicht imstande ist, die Westberliner Bevölkerung für den Winter zu versorgen. Um von ihrem Bankerott abzulenken, erheben die Westberliner Kriegshetzer ein mörderisches Geschrei über unseren Kampf gegen den Schleichhandel der Großschieber in Westberlin. Die Herren mögen sich merken: nicht wir sind schuld daran, daß Berlin gespalten wurde und Westberlin ein Paradies für Schieber und Spekulanten ist. Wir machen auch in Berlin das Wort Walter Ulbrichts wahr, daß unsere demokratische Ordnung eine Hölle für Schieber und Spekulanten ist. Jeder Westberliner weiß, daß er für seinen persönlichen Bedarf frei im demokratischen Sektor kaufen kann. In der letzten Woche haben Zehntausende Westberliner sich ihre Kartoffeln bei uns gekauft, und sie sollen sie auch weiterhin kaufen können. Aber wir wollen, daß unsere niedrigen Preise der notleidenden Westberliner Bevölkerung zugute kommen und nicht ein paar Schieber sich mit dem Schwindelkurs der Westmark daran gesund stoßen.

Darum werden wir weiterhin gegen Schieber und Spekulanten scharf vorgehen, auch wenn es ihren Hintermännern nicht gefällt.

In Berlin machen die Kriegshetzer besondere Anstrengungen, die Bevölkerung gegen das Friedenslager, gegen die Sowjetunion und gegen die Deutsche Demokratische Republik zu verhetzen. Nirgends in Deutschland ist auf so kleinem Raum eine solche Fülle von Kriegshetzer-Zeitungen konzentriert wie in Westberlin. Nirgends wird so schamlos gelogen und verleumdet, so offen Mordhetze betrieben und Gengsterwesen gezüchtet wie in Westberlin. Die Kriegshetzer wissen recht gut, daß dies die einzigen Mittel sind, mit denen sie die Westberliner Bevölkerung über das wirkliche Kräfteverhältnis in Berlin hinwegtäuschen können. Aber auch unter den Massen der Westberliner Bevölkerung bricht sich die Erkenntnis des wahren Kräfteverhältnisses zwischen den Kriegsbrandstiftern und dem Weltfriedenslager Bahn. Besonders die Weltfestspiele der Jugend und Studenten haben den Westberlinern vor Augen geführt, welche gewaltige Kraft das Weltfriedenslager darstellt. Die blutige Provokation der Stummpolizei gegen die Jugend am 15. August hat die Westberliner recht nachdenklich gestimmt. Sie beginnen zu erkennen, daß solche Provokationen an der Geschlossenheit und Stärke des Friedenslagers abprallen.

Auf der anderen Seite wirkt sich der vom demokratischen Magistrat entfaltete Wiederaufbau Berlins sehr stark auf die Stimmung der Westberliner Bevölkerung aus. Der Aufbau der zahlreichen Sportanlagen im Sommer, das große Bauprogramm an der Weberwiese, die fortschreitenden Erfolge der Berliner Betriebe bei der Erfüllung des Fünfjahrplanes sind für alle der sichtbare Ausdruck dafür, daß wir den Frieden wollen und davon überzeugt sind, daß wir den Frieden auch erhalten werden.

Diese Tatsachen sind starke Argumente in Berlin. Die Bankerotteure im Schöneberger Rathaus haben ihnen nichts Ähnliches entgegenzustellen. Darum hat die Berliner Organisation die Aufgabe, diese Tatsachen in der Arbeit unter den Massen richtig auszuwerten; denn überzeugender als Worte sind Taten!

Die Aufgaben der Partei

Nun komme ich zu den Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit dem Appell der Volkskammer.

Die neue Aufgabe des Kampfes um die gesamtdeutsche Beratung zur Vorbereitung freier Wahlen in ganz Deutschland und eines Friedensvertrages stellt der Partei neue politische und organisatorische Aufgaben. Die Ablehnung durch den Bundestag hat diese Aufgaben nur noch dringlicher gemacht. Wer glaubt, diese Aufgaben könnten auf die alte Weise gelöst werden, ohne daß wir unsere Arbeitsmethoden verbessern, der hat den Sinn der Ereignisse nicht erfaßt. Wir haben diese neuen Aufgaben ernst und entschieden auf die Tagesordnung gesetzt, in der Überzeugung, daß die Partei es vermag, die Aktivität aller ihrer Organisationen auf eine höhere Stufe zu heben und besonders ihre Verbindung mit den breiten parteilosen Massen in Stadt und Land zu verbessern. Möge jedes Mitglied und jeder Kandidat unserer **Partei verstehen, wie groß in diesem** Kampf seine Verantwortung vor der Heimat, vor der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse ist. Möge jeder Genosse und jede Genossin verstehen, daß aus der gemeinsamen Anstrengung aller Mitglieder und Kandidaten unserer Partei und der Mitglieder der Massenorganisationen die gewaltige Kraft geboren wird, die Wunder zu vollbringen vermag.

Eine besondere Verantwortung haben die führenden Genossen der Partei und der Massenorganisationen sowie die Genossen, die führende Positionen in Staat und Wirtschaft einnehmen. Ihre Arbeit ist von entscheidender Bedeutung für den Erfolg. Denn je größer die politische, wirtschaftliche und kulturelle Kraft der Deutschen Demokratischen Republik ist, desto größer wird der Erfolg unseres friedlichen Aufbaues, desto näher wird die demokratische Einheit Deutschlands sein.

Die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen haben dies erkannt und dadurch ausgedrückt, daß sie nach der Beratung des Volkskammerappells neue Selbstverpflichtungen übernommen haben, um ihre Arbeit zu verbessern, ihre Produktivität und die Qualität der Produkte zu steigern, den Plan vorfristig zu erfüllen, die Früchte des Feldes rechtzeitig an den Staat abzuliefern. In all dem drückt sich der tiefe Patriotismus unserer Bevölkerung aus, ein neuer Patriotismus, der unsere Heimat im Frieden neu aufbauen will, schön wie nie!

Dies alles erfordert aber in erster Linie eine Verbesserung der gesamten Arbeit unserer Partei. Die SED ist die führende Kraft im demokratischen Aufbau. Darum muß sie stets an der Spitze der Massen stehen, ihnen beispielgebend voranschreiten. Das gilt für die ganze Partei wie für jeden einzelnen Genossen! Die grundlegenden Aufgaben der ideologischen und politischen Arbeit unserer Partei, der Aktivierung der Organisationen sind in den Beschlüssen des III. Parteitages und im Referat des Genossen Wilhelm Pieck niedergelegt. Jede Parteiorganisation und jedes Mitglied, besonders aber die führenden Funktionäre sollen jetzt kritisch überprüfen, wie sie die Beschlüsse des III. Parteitages und die Hinweise des Genossen Pieck erfüllt haben. Sie sollen Maßnahmen treffen, damit diese Beschlüsse zum Gesetz für alle Organisationen und alle Parteifunktionäre werden.

Durch breite Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in allen Organisationen und Parteileitungen muß jetzt unsere Parteiarbeit so verbessert werden, daß die Partei befähigt wird, die großen Aufgaben zu erfüllen, die ihr von der Geschichte gestellt sind.

Im einzelnen sind jetzt folgende konkrete Maßnahmen durchzuführen:

1. In der ganzen Partei muß jetzt eine gründliche Beratung über die Aufgaben der Partei durchgeführt werden. In den unmittelbar nach der Volkskammertagung durchgeführten Mitgliederversammlungen wurde die Regierungserklärung und der Volkskammerappell freudig begrüßt als ein neuer Schritt zur Verhinderung der Remilitarisierung und zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands. Die Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, zum Teil bis zu 90 v. H. Die ersten Maßnahmen zur breiten Diskussion in der Bevölkerung wurden eingeleitet, Zehntausende von Selbstverpflichtungen übernommen.

Jetzt muß diese Arbeit vertieft werden. In allen Grundorganisationen ist ausführlich die Politik der Partei und der Regierung zu erläutern. Alle unklaren Fragen müssen geklärt, alle gegnerischen Argumente widerlegt werden. Es muß erreicht werden, daß jedes Mitglied vom Ernst der Lage und von der Richtigkeit und der Bedeutung des Schrittes der Volkskammer überzeugt wird. Nur wer selbst überzeugt ist, kann andere überzeugen. Besonders ist dabei klarzumachen, daß nach der Antwort des Bundestages der Kampf nicht beendet ist, sondern erst richtig beginnt.

2. Unter der Arbeiterschaft, den Bauern, den Intellektuellen und allen übrigen Schichten der Bevölkerung ist jetzt eine breite Aufklärungsarbeit über die Bedeutung des Schrittes der Volkskammer zu entfalten. Dabei ist auf alle Argumente der feindlichen Propaganda und auf alle unklaren Fragen einzugehen. Insbesondere muß die Unterschätzung der Kriegsgefahr überwunden werden. Die Menschen müssen davon überzeugt werden, daß ein neuer Krieg verhindert werden kann, wenn sie die Sache des Friedens in ihre Hände nehmen, weil das Weltfriedenslager und seine führende Kraft, die Sowjetunion, eine große Macht darstellen, weil die friedliebenden Völker stärker sind als die Kriegshetzer. In Berlin ist besonders jede Möglichkeit der Diskussion mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den Mitgliedern des DGB auszunützen. Ihnen ist klarzumachen, daß die Einheit der Arbeiterklasse die Voraussetzung des Erfolges ist. Für die Randgebiete von Berlin ist eine besondere Argumentation für die in West-Berlin Arbeitenden und die dort Wohnenden und in der DDR Arbeitenden zu entwickeln.

3. In den Massenorganisationen ist eine spezielle Aufklärungsarbeit entsprechend dem besonderen Charakter dieser Organisationen zu beginnen. Im FDGB muß die Wahrung der Einheit der Arbeiterklasse, die Vorbedingung ihrer führenden Rolle ist, als wichtigste Aufgabe hervorgehoben werden. Gleichzeitig ist die Bedeutung unserer friedlichen Aufbauarbeit für Gesamtdeutschland darzustellen. DFD und FDJ müssen die Bedeutung des Vorschlages der Volkskammer für Frauen und Jugend klarmachen, wobei auf die fortschrittliche Gesetzgebung unserer Republik im Vergleich zu Westdeutschland und West-Berlin hingewiesen werden muß. Die Sportorganisationen sollen die Notwendigkeit des Friedens für die Entwicklung des Sportes darstellen, auf die Spaltung der Sportbewegung durch die Kriegshetzer hinweisen und die Förderung des Sports in der DDR hervorheben. Der Kulturbund muß in seiner Arbeit unter Wissenschaftlern und Künstlern eine breite Arbeit entfalten, um sie für den aktiven Kampf um den Frieden zu gewinnen und fester an die friedliche Aufbauarbeit in der DDR zu binden. Der herrliche Brief Bert Brechts ist Beispiel dafür, wie unsere Schriftsteller für den Frieden werben können. Die VVN hat auf das Wiedererstarken des Faschismus und Antisemitismus in Westdeutschland und West-Berlin hinzuweisen und darzulegen, daß von den Phosphor-Attentaten zur Kristallnacht nur ein Schritt ist. Die VdgB muß die Bauern für den Friedenskampf gewinnen, indem sie an Hand der Lage der westdeutschen Bauern zeigt, wohin die Kriegsvorbereitung führt. Die Konsumgenossenschaften endlich haben die Aufgabe, die Gewinnung ihrer Mitglieder für die großen nationalen Aufgaben mit einer gründlichen Verbesserung ihrer Arbeit, besonders der Verkaufsstellen, zu verbinden.

4. In den Betrieben müssen neben der politischen Aufklärungsarbeit die Anstrengungen zur vorfristigen Planerfüllung gesteigert werden. Die Beschlüsse des Bundestages beantwortet die Arbeiterschaft mit einer Steigerung der Aktivistenbewegung, des Wettbewerbs, mit einer noch größeren Materialeinsparung und Selbstkostensenkung, mit einer weiteren Verbesserung der Qualität. Die erfolgreiche Erfüllung unseres Fünfjahrplanes ist der stärkste Beweis für unseren Friedenswillen und für die Richtigkeit unserer Politik. In B e r l i n ist der Wiederaufbau der Stadt zum Ausgangspunkt einer Aufklärungskampagne über unseren Friedenswillen zu machen und die Überlegenheit unserer demokratischen Wirtschaft darzustellen.

5. Auf dem Lande sind neben der politischen Aufklärung die Hauptaufgaben: beschleunigte Einbringung der Ernte, rechtzeitige Ablieferung des Solls, rechtzeitige und gründliche Durchführung der Winteraussaat, Vermehrung des Viehbestandes, besonders des Schweinebestandes, Bau von Schweinehütten.

So sollen alle unsere Grundorganisationen die Aufklärung über den Kampf um den Frieden und über die Errichtung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands mit den konkreten Aufgaben zur Stärkung unserer Republik als der festen Grundlage in diesem Kampfe verbinden.

6. Die Kreisleitungen der Partei haben die Pflicht, ihre ganze Kraft auf die Anleitung und tätige Unterstützung der Grundorganisationen zu konzentrieren. Sie müssen laufend eine richtige Argumentation für den Kreis ausarbeiten und die Agitationsgruppen systematisch anleiten. Sie dürfen vor den Schwierigkeiten nicht zurückschrecken, sondern müssen sie mutig anpacken und meistern.

Alle diese Aufgaben kann die Partei nur leisten, wenn sie gleichzeitig die ideologisch-politische Arbeit verbessert. Das P a r t e i l e h r j a h r als die Grundlage für die marxistisch-leninistische Schulung der Partei muß richtig organisiert und konsequent durchgeführt werden. Die Propagandistenaktivs sind ständig anzuleiten, die Arbeit der Zirkel ist systematisch zu kontrollieren. Dadurch werden wir die Mitglieder und Kandidaten befähigen, die Politik der Partei zu verstehen und richtig anzuwenden.

Die Erklärung der Regierung

unserer Republik und der Appell der Volkskammer zeugen von dem großen geschichtlichen Verantwortungsbewußtsein, das unsere Partei und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik leitet. In einer entscheidenden geschichtlichen Situation haben sie alle Hindernisse beiseitegeräumt, alle Meinungsverschiedenheiten hinten angestellt und den Brüdern und Schwestern in Westdeutschland die Hand entgegengestreckt, um in gemeinsamen Beratungen die Not unseres Volkes zu zwingen und den Weg zu ebnen zu einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland. Einen solchen Schritt können nur Männer unternehmen, die den ganzen Ernst der Lage erfaßt haben und über eine weitreichende positive Konzeption verfügen, die sie zur Rettung der Nation vorzuschlagen haben.

Leider haben die vergangenen Wochen und die gestrige Bundestagssitzung gezeigt, daß die Gegenseite nicht über die gleiche geschichtliche Verantwortlichkeit und eine entsprechend konstruktive Konzeption verfügt. Denn was in den Reden der Adenauer, Kaiser und Schumacher der Erklärung des Genossen Grotewohl entgegengehalten wurde, war kleinliche Polemik, Kastenborniertheit und beschränkter Parteigeist. Otto Grotewohl hat in seiner Erklärung die großen weltpolitischen Fragen zur Debatte gestellt. Und was schallte zurück? — die alten, längst widerlegten Lügen über die Konzentrationslager in der Deutschen Demokratischen Republik, die es überhaupt nicht gibt, die Forderung nach freier Verbreitung der amerikanischen Hetzpresse bei uns, die Zuschiebung der Verantwortung an die Alliierten, der Vorschlag von Kommunalwahlen in Berlin und ähnliche Dinge mehr. So erhielt das großartige geschichtliche Plädoyer Grotewohls als Antwort von dieser Seite nur kleinliche Repliken armseliger Winkeladvokaten, ein Zeugnis dafür, daß keiner dieser Führer auf der Höhe der geschichtlichen Aufgaben steht. Das hysterische Gekeife dieser Herren zeigt doch nur die Ärmlichkeit ihrer Position, es zeigt, daß ihnen das fehlt, was Genosse Grotewohl ihnen anbot: das große geschichtliche Programm für die Zukunft unseres Volkes und den Frieden Europas. Wie sollten sie freilich ein solches Programm haben, die nicht Deutschland dienen, sondern fremdländischen Interessen. Sie beschäftigt zitternd nur der eine Gedanke: wie können sie der geschichtlichen Entscheidung entgehen, wie können sie eine gesamtdeutsche Beratung verhindern, um nicht vor der ganzen Öffentlichkeit eingestehen zu müssen, sie stehen in dieser entscheidenden Stunde gegen das deutsche Volk. Aber das Volk und die Geschichte urteilen nicht nach Worten, sondern nach Taten.

Der Bundestag hat die gesamtdeutsche Beratung abgelehnt, aber der Appell der Volkskammer ist an alle Deutschen gerichtet. Er erfordert von jedem Deutschen eine historische Entscheidung. Laßt uns alle unsere Kräfte anspannen, um diese Entscheidung im deutschen Sinne herbeizuführen, damit ein neues Deutschland erstehe, einheitlich und demokratisch, frei und souverän, friedliebend und stark!

Leistungslohn in der DDR kein kapitalistischer Akkordlohn

Einer der Haßgesänge der westdeutschen und Westberliner Kriegshetzergazetten lautet: „Leistungslohn ist verschärfte Ausbeutung." Diese Blätter verdrehen Tatsachen und verleumden die Deutsche Demokratische Republik, wo sie nur können. Ein großer Teil der westdeutschen Arbeiter ist — weil er die Wahrheit nicht erfährt — daher der Meinung, der Leistungslohn in der Deutschen Demokratischen Republik sei nichts anderes als das kapitalistische Akkordsystem.

Wir wollen einmal untersuchen, wie es sich in Wirklichkeit damit verhält. Betrachten wir zunächst einmal das Akkordsystem. Überlegt einmal selbst, Kollegen, wie steht es bei euch damit? Nehmen wir ein Beispiel. Ein Arbeiter erhält für ein Werkstück, von dem er in acht Stunden angestrengter Arbeit zwölf Stück herstellen kann, eine Mark. Er erhält also einen Stundenlohn von 1,50 DM. Andere Arbeiter aber schaffen durch ihre Geschicklichkeit, durch ihre „Kniffe" und durch körperliche Mehrarbeit 15 Stück. Was geschieht nun? Der Unternehmer setzt die Akkordschere an und senkt den Stückpreis. Unser Arbeiter ist also gezwungen, noch angestrengter zu arbeiten, um 15 Stück herzustellen. Er schafft also mehr, erhält aber den gleichen Lohn. Den Profit steckt der Unternehmer ein, der Arbeiter guckt in die Röhre. Das kennt ihr sicher aus eigener Erfahrung.

Wie verhält es sich nun mit dem Leistungslohn?

Die Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik, in denen im Leistungslohn gearbeitet wird, sind keine kapitalistischen, sondern

volkseigene Betriebe.

Die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik haben die Monopolisten und Kriegstreiber vom Schlage eines Krupp, Stinnes oder Röchling zum Teufel gejagt. Diese Tatsache müßt ihr betrachten, wenn ihr die Frage des Leistungslohnes geklärt wissen wollt.

Heute fließt der Erlös aus den produzierten Waren nicht mehr in die Taschen der Unternehmer, sondern dient der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes. Die neue Maschine, welche vom Betrieb gekauft wird, ist nicht ein weiteres Ausbeutungsinstrument des Unternehmers, sondern dient der Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung. Mit den Gewinnen kauft sich kein Kapitalist eine Luxusvilla, sondern werden Wohnungen für die Arbeiter gebaut. Die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten nicht mehr für die verrückten Einfälle irgendwelcher Herrensöhne, sondern

für die Verbesserung ihres eigenen Lebens,

für ihre kulturellen Einrichtungen, für Klubräume, Kulturhäuser, Büchereien und Sportanlagen. Es gibt keine auf das Geld des Vaters pochenden „Studenten" mehr, sondern an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik studieren die besten Söhne und Töchter der Arbeiter, Bauern, Werktätigen und der schaffenden Intelligenz.

Das, Kollege, muß man sehen und noch mehr. In den volkseigenen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik gibt es

keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen

mehr. Die Betriebe gehören dem Volke. Die Werktätigen bestimmen mit. Es gibt keinen Gegensatz mehr zwischen Betriebsleitung und Arbeiter. Viele Betriebsleiter sind selbst Arbeiter, die ihr ganzes Leben der Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung widmeten. Was wollen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik erreichen? Sie wollen

den Frieden erhalten, die Einheit unseres Vaterlandes erringen und sich ein Leben in Wohlstand schaffen.

Betriebsleitung und Werktätige haben das gleiche Interesse und arbeiten deshalb kameradschaftlich und vertrauensvoll zusammen.

In der Deutschen Demokratischen Republik produzieren also Werktätige für Werktätige. Was sie herstellen, kommt dem ganzen Volk und damit auch ihnen selbst zugute. Die Werktätigen sind daher an der Steigerung der Produktion und an der Verbesserung der Qualität selbst interessiert. Das wird euch sicher einleuchten, Kollegen. Um ihren Fünfjahrplan zu erfüllen, erhöhen die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik ständig ihre Leistungen, steigern sie die Arbeitsproduktivität. Dazu ist ein Lohnsystem erforderlich, welches die Leistungen der Werktätigen fördert, eben der Leistungslohn. Der Arbeiter, der seine Arbeitsnorm übererfüllt, gibt dem Volke mehr und hat so das Recht, für seine Mehrleistung mehr zu fordern.

Wie sieht das praktisch aus?

Ein Chemiearbeiter der Lohngruppe 8 z.B. erhält einen Stundenlohn von 1,54 DM. Arbeitet er im Leistungslohn und erfüllt er seine Norm, so erhält er einen 15prozentigen Aufschlag, also:

Stundenlohn	1,54 DM
15 Prozent Leistungszuschlag	0,23 DM
Leistungsgrundlohn . . .	1,77 DM

Übererfüllt er seine Norm (die nicht vom Kontrolleur des Unternehmers mit der Stoppuhr festgesetzt wurde, sondern durch genaue Arbeitsstudien von Technikern und Arbeitern gemeinsam aufgestellt und von der Betriebsleitung bestätigt wurde), dann wird er entsprechend besser bezahlt. Ein Beispiel (eine Stunde gleich 100 v. H. der Norm):

Leistungsgrundlohn . . .	1,77 DM
Normübererfüllung 20 Proz.	0,35 DM
tatsächlich gezahlter Lohn .	2,12 DM

Erfüllt dieser Chemiearbeiter also ständig seine Norm mit 120 Prozent, dann erhält er einen tatsächlichen Stundenlohn von 2,12 DM.

Was stellen wir also fest, Kollegen? Erstens einmal erhalten die Arbeiter einen Teil der von ihnen geschaffenen Mehrleistung. Zum zweiten, und das ist das Wichtige: es wird mehr produziert, die Selbstkosten können gesenkt und die Preise ermäßigt werden.

Die Kaufkraft der Werktätigen, deren Lohneinkommen sich durch den Leistungslohn erhöht, steigt weiter. Der Leistungslohn liegt also sowohl im Interesse des einzelnen Werktätigen als auch im Interesse des ganzen Volkes.

Verantwortlich: Rolf W a r n c k e, Hamburg
Druck: Alster-Druck GmbH., Hamburg

Der Volkskammer-Appell und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Rede des Genossen Fred Oelßner, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, auf der Tagung des Berliner Parteiaktivs am 28. September 1951

Genossinnen und Genossen!

Die Erklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und der Appell der Volkskammer an den Bonner Bundestag und an alle Deutschen hat beim deutschen Volk und darüber hinaus in der ganzen Welt ein außerordentlich breites Echo gefunden. Alle wahren deutschen Patrioten und alle friedliebenden Menschen, die von banger Sorge über die drohende Kriegsgefahr erfüllt sind, atmeten wie von einem Alpdruck erlöst auf, denn der Vorschlag der Volkskammer zeigte den Menschen einen konkreten Weg auf, den Frieden in Europa zu erhalten und zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage zu kommen.

Die Volkskammer hatte dem Bundestag in Bonn vorgeschlagen, eine gesamtdeutsche Beratung abzuhalten, um

1. für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands festzulegen;
2. den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland zu erlangen.

Dieser Vorschlag der Volkskammer, der einen neuen, bedeutsamen Schritt zur Herstellung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands und damit zur Sicherung des Friedens in Europa darstellt, ist besonders für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei von entscheidender Bedeutung.

In den Beschlüssen unseres III. Parteitages sagten wir:

„Die Arbeiterklasse und ihre Partei bilden die Vorhut im Kampfe gegen die Kriegsgefahr. Auf ihr liegt die große geschichtliche Verantwortung, alle Kampfmittel zu benutzen und die breitesten Massen in den Kampf zu führen, um einen langen und dauerhaften Frieden zu sichern."

Von dem Bewußtsein dieser geschichtlichen Verantwortung getragen, hat unsere Partei seit ihrem Bestehen alle Kräfte des Volkes zum Kampfe um die Erhaltung des Friedens und um die demokratische Einheit Deutschlands mobilisiert. Bereits auf dem Vereinigungsparteitag 1946 hat sie sich als nationale Partei des deutschen Volkes proklamiert. Unsere Partei war die Initiatorin der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden, aus der die Nationale Front des demokratischen Deutschland hervorging. Unsere Partei hat ungeachtet aller Widerstände immer wieder Versuche unternommen, eine Einigung der Deutschen im Kampfe um Frieden und demokratische Einheit herbeizuführen. Sie war unermüdlich bestrebt, alle deutschen Patrioten, alle Friedensanhänger für diesen Kampf zu gewinnen.

Wenn wir heute in ganz Deutschland eine starke nationale Bewegung für den Frieden und für die demokratische Einheit Deutschlands haben, so ist dies in erster Linie das Verdienst unserer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Eine bedeutsame Maßnahme

in diesem Kampfe war der Brief des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Otto Grotewohl, an Adenauer am 30. November vorigen Jahres und der darauffolgende Appell der Volkskammer an den Bonner Bundestag am 30. Januar 1951. Damals wurde bekanntlich vorgeschlagen, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat auf paritätischer Grundlage zu bilden, um eine deutsche Verständigung in den grundlegenden Lebensfragen der deutschen Nation herbeizuführen. Der Vorschlag wurde sowohl von der Regierung Adenauer wie vom Bundestag abgelehnt.

Der neue Schritt der Volkskammer vom 15. September stellt die folgerichtige Fortsetzung der politischen Linie dar, für die unsere Partei seit 1946 unablässig kämpft. Er ist der Ausdruck unseres unbeirrbaren Willens, den Kampf um Frieden, Einheit und Demokratie allen Hindernissen zum Trotz fortzusetzen.

Dabei stellt der Appell der Volkskammer vom 15. September nicht eine Wiederholung des alten Angebotes dar, sondern er enthält wichtige neue Momente, leitet eine neue Etappe im Kampfe um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland ein.

Worin besteht das Neue des Volkskammer-Appells?

Im Brief des Genossen Grotewohl vom 30. November vorigen Jahres, den er auf Initiative unserer Partei an den Bundeskanzler Adenauer richtete, war die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorgeschlagen, der als eine Art provisorische gesamtdeutsche Regierung gedacht war und eine ganze Reihe Fragen lösen sollte. Die Vorbereitung freier demokratischer Wahlen in ganz Deutschland war nur als eine Aufgabe des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates gedacht. Wir meinen, dieser Vorschlag war damals durchaus richtig, aber er wurde von westdeutscher Seite abgelehnt, obwohl die breitesten Massen der westdeutschen Bevölkerung die Annahme forderten. Am 30. Januar richtete darauf die Volkskammer an den Bundestag einen Vorschlag, der eine Reihe konkreter Vorschläge enthielt, die auf die Herstellung der Einheit Deutschlands gerichtet waren. Dabei wurden viele Einwände in der Antwort der Bonner Regierung berücksichtigt. Aber der Bundestag hat auch diesen Vorschlag der Volkskammer abgelehnt. Statt dessen faßte der Bundestag am 9. März einen Beschluß, der zwar über gesamtdeutsche Wahlen als Weg zur Herstellung der Einheit Deutschlands sprach, die Wahlen aber mit solchen Bedingungen verknüpfte, daß praktisch freie Wahlen in ganz Deutschland unmöglich wurden. Außerdem wurde die Entscheidung über diese Wahlen durch den Beschluß des Bundestages den Besatzungsmächten, d. h. der Pariser Konferenz der Außenminister-Stellvertreter zugeschoben, die durch die Westmächte zum Scheitern gebracht wurde. Damit wollte der Bundestag dem deutschen Volke die Entscheidung über sein Geschick nehmen. Die vom Bundestag aufgestellte Losung gesamtdeutscher Wahlen war also nicht ehrlich, sondern auf den Betrug des Volkes und die Verzögerung der Einheit gerichtet.

Der gegenwärtige Appell der Volkskammer vom 15. September schlägt nicht die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vor. Die Volkskammer hat dem Bundestag vorgeschlagen, eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern West- und Ostdeutschlands einzuberufen, die nur zwei Aufgaben haben soll.

Sie soll erstens Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands beraten. Diese Wahlen sollen in ganz Deutschland frei und demokratisch durchgeführt werden. Was darunter zu verstehen ist, wurde in der Regierungserklärung des Genossen Grotewohl und im Appell der Volkskammer an den Bundestag vom 15. September eindeutig erklärt. Diese Wahlen müssen in ganz Deutschland unter gleichen Bedingungen durchgeführt werden. Dabei muß für alle Staatsbürger die Freiheit und Gleichheit der Person, für alle demokratischen Parteien und Organisationen die gleiche Betätigungsfreiheit gewährt und gesichert werden.

Alle demokratischen Parteien und Organisationen sollen das Recht haben, eigene Kandidatenlisten aufzustellen und nach eigenem Ermessen Listenverbindungen einzugehen und Wahlblocks zu bilden. Wir sind ferner der Ansicht, daß diese Wahlen nach dem Verhältniswahlsystem durchgeführt werden sollen.

Zweitens soll die gesamtdeutsche Beratung über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland beraten.

Dabei hat die Volkskammer ausdrücklich das Zustandekommen der gesamtdeutschen Beratung nicht von ihrer paritätischen Zusammensetzung abhängig gemacht.

Der Appell der Volkskammer stellt also einen neuen, ernsthaften Schritt im Kampf um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland dar.

Warum haben wir diesen Schritt jetzt unternommen?

Natürlich ist es kein Zufall, daß die Volkskammer gerade jetzt, in dieser historischen Situation den neuen Schritt unternahm. Dies hat sowohl außenpolitische wie innenpolitische Ursachen.

Die erste und wichtigste a u ß e n - p o l i t i s c h e Ursache liegt in der verschärften Kriegsgefahr. Die Regierungserklärung des Genossen Grotewohl hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die durch die Washingtoner Beschlüsse außerordentlich verschärfte Kriegsgefahr der Ausgangspunkt des Angebots der Volkskammer war. Genosse Grotewohl wies in seiner Rede vor der Volkskammer darauf hin, daß diese Konferenz die Einbeziehung deutscher Truppen in das sogenannte Atlantik-Sicherheitssystems beschlossen hat und damit eine neue Etappe in der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und in der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges einleiten soll. Die friedliche Regelung des Deutschlandproblems, der Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit Deutschland und der Abzug der Besatzungstruppen, die Verhinderung der Remilitarisierung geht keineswegs bloß das deutsche Volk an. Diese Frage berührt alle Völker Europas und der Welt; denn kein vernünftiger Mensch kann daran zweifeln, daß in Europa eine Wiederholung der Aggression wie gegen Nordkorea nicht möglich ist.

Eine Aggression in Europa würde unvermeidlich einen Weltkrieg auslösen.

Darum ist der Volkskammer-Appell, der den Krieg in Deutschland verhindern will, zugleich der konkrete Weg, einen 3. Weltkrieg zu verhindern!

Adenauer hat am 17. September in seiner voreiligen und ungeschickten Rede auf den Volkskammerappell die hirnverbrannte Lüge wiederholt, daß eine Aggression nur von seiten der Sowjetunion drohe. Natürlich hat er gar nicht erst den Versuch unternommen, dafür Argumente **anzuführen. Er kann zwar behaupten,** daß weiß — schwarz sei, aber beweisen kann er es nicht. Es ist allen Menschen bekannt, daß amerikanische Truppen in Korea einen räuberischen Krieg führen, während nirgends in der Welt Sowjettruppen kämpfen. Es ist bekannt, daß die Amerikaner die Waffenstillstandsver**handlungen in Korea stören, daß sie den** 38. Breitengrad als Demarkationslinie ablehnen und andere unannehmbare Bedingungen stellen, weil sie die Beendigung des Krieges in Korea nicht wollen.

Es ist bekannt, daß die Sowjetregierung und die Regierung Volkschinas sich bereit erklärt haben, einen Fünfmächte-Friedenspakt abzuschließen, während die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs dies abgelehnt haben.

Es ist bekannt, daß die Sowjetunion nirgends außerhalb ihres Territoriums Luftstützpunkte anlegt, während die Regierung der USA erst vor acht Tagen wieder 5,86 Milliarden Dollar für das überseeische Militärprogramm bewilligt hat, wovon, wie der „Tagesspiegel" (19. 9.) berichtete, mehr als eine Milliarde „zum Bau einer Kette geheimer Luftstützpunkte um die Sowjetunion" verwendet werden soll. Es ist schließlich bekannt, daß die Sowjetunion alljährlich viele Milliarden Rubel für die großen Friedensbauten des Kommunismus und für andere friedliche Aufgaben ausgibt, während die Regierung der USA Dutzende Milliarden Dollar für Rüstungen verwendet. Wer angesichts dieser allbekannten Tatsachen von Aggressionsabsichten der Sowjetunion spricht, der kann nicht anders bezeichnet werden als ein gewissenloser Lügner und Verleumder!

Denn ein wenig Nachdenken bringt schon die Erkenntnis, wie unsinnig diese Lüge des Herrn Adenauer ist. Nachdem die Menschheit zweimal in Weltkriege gestürzt wurde, muß ein ernsthafter Mensch sich doch Gedanken darüber machen, worin die Ursache dieser gesellschaftlichen Erschütterungen liegt. Als der erste Weltkrieg ausbrach, war die Sowjetmacht noch gar nicht da, und im zweiten Weltkrieg wurde sie erst zwei Jahre nach seinem Ausbruch, gegen ihren Willen, durch den verbrecherischen Überfall Hitlers hineingezogen. Wenn heute die Menschheit schon wieder durch einen Krieg bedroht wird, so liegt die Ursache in den gleichen gesellschaftlichen Bedingungen, die die früheren Kriege hervorgerufen haben.

Als marxistisch-leninistische Partei wissen wir, daß die modernen Kriege ihre Ursache im imperialistischen System des Kapitalismus haben. In seinem imperialistischen Stadium hat der Kapitalismus eine solche Entwicklungsstufe erreicht, wo die gewaltigen gesellschaftlichen Produktionskräfte nicht mehr in den engen Rahmen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hineinpassen. Während die Monopole und das Finanzkapital mit aller Macht nach Ausdehnung und nach Weltherrschaft drängen, ist die Erde unter den imperialistischen Großmächten verteilt und eine Ausdehnung für eine imperialistische Macht nur noch auf Kosten einer anderen möglich. Der Kapitalismus hat einen Widerspruch hervorgebracht, der auf kapitalistischer Basis überhaupt nicht mehr gelöst werden kann. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen imperialistischen Länder stört das Kräfteverhältnis, nach dem die Verteilung der Erde unter ihnen vorgenommen wurde, und ruft den Kampf um die Neuverteilung hervor. Diese Entwicklung ist die Ursache der modernen Kriege.

Aus all dem ergibt sich mit zwingender Logik, daß der Kapitalismus, daß die herrschende Finanzoligarchie nicht den Frieden will, sondern nur den Krieg! Die letzte Wurzel der Kriegsgefahr und der Aggression liegt im Imperialismus!

Nun hat die geschichtliche Erfahrung aber bewiesen, daß der Krieg zwar ein sehr gutes Geschäft für die Monopolkapitalisten ist, aber keineswegs die Widersprüche des Imperialismus zu lösen vermag.

Der erste Weltkrieg wurde hauptsächlich vom deutschen Imperialismus entfesselt, um eine Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten vorzunehmen. Dieser Krieg kostete fast neun Millionen Menschen das Leben, die Kriegskosten betrugen annähernd 340 Miliarden Dollar. Das Ergebnis war, daß ein Sechstel der Erde sich aus dem Machtbereich des Imperialismus befreite und die Widersprüche des Imperialismus durch den Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf die Spitze getrieben wurden.

Die Imperialisten machten einige Jahre lang unter Führung Churchills Versuche, die Sowjetmacht militärisch niederzuringen und dadurch die Geschichte in ihrem Sinne zu korrigieren. Wie bekannt ist, haben sie sich dabei nur blutige Köpfe geholt. Darauf gingen die englischen und besonders die amerikanischen Imperialisten dazu über, den deutschen Imperialismus wieder zu errichten, das deutsche Kriegspotential wiederherzustellen und im deutschen Faschismus einen Sturmbock gegen die Sowjetunion zu schaffen.

Aus dieser Politik erwuchs der zweite Weltkrieg,

durch den bekanntlich einige imperialistische Länder, wie z. B. Frankreich, in ihrer Existenz bedroht wurden. Dieser Krieg kostete 27 Millionen Menschen das Leben und verschlang die astronomische Summe von 1 Billion 350 Milliarden Dollar. Es ist unvorstellbar, welcher Wohlstand mit diesen gewaltigen Summen hätte geschaffen werden können. Das Ergebnis dieses Weltkrieges war, daß die Sowjetunion durch den Krieg nicht nur nicht geschwächt wurde, wie die Imperialisten erhofften, sondern heute stärker dasteht denn je, daß in Europa die Länder der Volksdemokratie und die Deutsche Demokratische Republik aus dem imperialistischen Machtbereich befreit wurden und daß im Gefolge dieses Krieges das 475-Millionenvolk Chinas sich vom Imperialismus und der einheimischen Reaktion befreite. Die allgemeine Krise des Kapitalismus wurde noch weiter verschärft, was vor allem in der Bildung des mächtigen Weltfriedenslagers seinen Ausdruck findet, das Millionen Anhänger in den imperialistischen Ländern selbst zählt. Angesichts dieser geschichtlichen Erfahrungen ist es für jeden einsichtigen Menschen klar, daß der Imperialismus keinerlei Perspektiven mehr hat, daß der wahnsinnige Plan eines neuen Krieges den sinnlosen Tod von Millionen Menschen, die Zerstörung Tausender Städte und Dörfer für eine absolut aussichtslose Sache bedeutet. Die Imperialisten geben sich der trügerischen Hoffnung hin, durch einen neuen Krieg ihre Galgenfrist verlängern und ihre phantastisch hohen Kriegsgewinne erhalten zu können. Sie sind bereit, für diese Profite dreißig, vierzig oder fünfzig Millionen Menschen zu opfern.

Die Washingtoner Beschlüsse über die Eingliederung deutscher Truppen in das atlantische Sicherheitssystem und über die Eingliederung Deutschlands in den Nordatlantikpakt verfolgen das Ziel, das Schicksal der westdeutschen Bevölkerung mit dem Schicksal eines Systems zu verknüpfen, das von der Geschichte zum Untergange verurteilt ist.

Denn wer sein Schicksal mit der Politik des amerikanischen Imperialismus verbindet, der geht unweigerlich der Katastrophe entgegen!

Die amerikanisch-englischen Imperialisten und ihre Lakaien versuchen, die friedliebende Menschheit mit der ungeheuren militärischen Macht des aggressiven Atlantikblocks einzuschüchtern. Die Westpresse bringt täglich Sensationsmeldungen über neue Rüstungen, neue Wunderwaffen usw. Sie glaubt, damit unter den Friedenskämpfern eine Angstpsychose erzeugen zu können. Sie will den Glauben erwecken, der amerikanische Imperialismus sei unbesiegbar. Aber für unbesiegbar hielt sich der wilhelminische Imperialismus, der 1918 aufs Haupt geschlagen wurde, und für unbesiegbar hielt sich auch der hitlerische Imperialismus, der in Berlin den Todesstoß erhielt. Die geschichtliche Erfahrung beweist also, daß es unbesiegbare imperialistische Armeen nicht gibt. Angesichts der gewaltigen Kraft des Weltfriedenslagers kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine neue imperialistische Aggression mit einer vernichtenden Niederlage des Imperialismus enden würde. Es gibt daher kein größeres Verbrechen am deutschen Volke, als die deutsche Jugend als Kanonenfutter dem amerikanischen Imperialismus auszuliefern.

Der tiefste Sinn des Volkskammerappells liegt darin, durch die friedliche Vereinigung Deutschlands das deutsche Volk und vor allem die westdeutsche Bevölkerung vor einem neuen Krieg zu bewahren und die friedliche Entwicklung eines demokratischen Deutschlands zu sichern.

Der Schritt der Volkskammer entspricht also den elementarsten Interessen des deutschen Volkes und besonders der deutschen Arbeiterklasse, die die größten Opfer in einem Kriege zu tragen hätte.

Gleichzeitig entspricht der Volkskammerappell den internationalen Pflichten der deutschen Arbeiterklasse. Auf Deutschland richten die Kriegsbrandstifter ihr Hauptaugenmerk, weil ohne die Teilnahme Deutschlands ihr Aggressionsplan zusammenbricht. Ohne das deutsche Kanonenfutter ist der aggressive Atlantikpakt für die Imperialisten wertlos. Ein friedliebendes Deutschland macht den Krieg in Europa unmöglich. Genosse Stalin lehrt:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht."

Daraus ergibt sich für das deutsche Volk die Pflicht, die Eingliederung Westdeutschlands in den Nordatlantikpakt zu verhindern und damit die Pläne der Kriegsbrandstifter zu zerstören.

Der Appell der Volkskammer hat den Zweck, die Aggressionspläne des Nordatlantikblocks zu untergraben und damit einen großen Beitrag des deutschen Volkes für die Sicherung des Friedens in Europa zu leisten.

Ebenso hat die demokratische Weltpresse den Schritt der Volkskammer eingeschätzt, wie das zahlreiche Kommentare aus der Sowjetunion, aus China, Polen, Frankreich und anderen Ländern beweisen.

Von außerordentlicher Bedeutung ist der Volkskammerappell schließlich für die Außen- und Innenpolitik Deutschlands selbst. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die von Adenauer heute betriebene Außenpolitik den Interessen des amerikanischen Monopolkapitals dient, nicht den Interessen des deutschen Volkes. Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage würde die Möglichkeit schaffen, eine selbständige friedliche deutsche Außen- und **Innenpolitik im Interesse des deutschen** Volkes zu führen. Das deutsche Volk kann nicht an einem Kriege interessiert sein, der ihm nur Unglück und Elend bringt. Seine nationalen Interessen schreiben dem deutschen Volke den Weg des Friedens mit allen Völkern vor, die die Interessen des deutschen Volkes respektieren. Für die deutsche Arbeiterklasse ist besonders die Zusammenarbeit und die enge Freundschaft mit der Sowjetunion als der führenden Kraft des Weltfriedenslagers und als dem ersten sozialistischen Lande der Welt wichtig. Aber auch die allgemeinen nationalen Interessen des deutschen Volkes haben immer wieder zu einer engen Zusammenarbeit mit Rußland gedrängt.

Die deutsche Geschichte lehrt, daß eine friedliche Zusammenarbeit mit dem russischen Volke stets dem Wohle beider Völker diente.

Als sich das deutsche Volk nach dem ersten Weltkriege in einer schweren Krise befand, reichte das russische Volk ihm mit dem bekannten Rapallovertrag die Hand, der Deutschland die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung gab. Auch heute erfordern die Interessen des deutschen Volkes gebieterisch eine enge, freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Die westdeutschen Wirtschaftskreise mögen doch aus ihrer eigenen Erfahrung beurteilen, ob der amerikanische Zwangsaußenhandel, oder der Warenaustausch mit der Sowjetunion und überhaupt mit dem Osten der deutschen Wirtschaft dienlicher ist. Sie werden eingestehen müssen, daß das nationale Interesse des deutschen Volkes ein enges, freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion erfordert. Man kann natürlich einen Klüngel von Agenten ans Staatsruder setzen, der den Interessen Deutschlands zuwiderhandelt, aber man kann nicht die nationalen Interessen des deutschen Volkes ändern, man kann nicht die Gesetze der ökonomischen und staatlichen Entwicklung Deutschlands beseitigen, die gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen, zur Tschechoslowakei und zu anderen Ländern Ost- und Südost-Europas erfordern.

Der Volkskammerappell bezweckt, der gesetzmäßigen Entwicklung der deutschen Außen- und Innenpolitik den Weg zu bahnen, indem er durch die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, durch den Abschluß eines Friedensvertrages und durch die Wiedererlangung der vollen Souveränität die Möglichkeit einer selbständigen friedlichen Außen- und Innenpolitik Deutschlands schafft.

Vom innenpolitischen Standpunkt ist der Appell der Volkskammer vor allem durch das zunehmende Wachstum der Reaktion in Westdeutschland notwendig geworden. Der fortlaufende Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten, die schrittweise Wiedererrichtung der faschistischen Diktatur in Westdeutschland steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Remilitarisierung, mit der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus und dem Wachsen der Kriegsgefahr.

Der Marxismus lehrt, daß der Imperialismus seinem ganzen Wesen nach undemokratisch ist, er will nicht demokratische Verhältnisse, sondern despotische Herrschaft. Auf diesen Zug des Imperialismus hat bereits Rudolf Hilferding hingewiesen, als er noch ein Marxist war. In seiner Studie über „Das Finanzkapital" schrieb Hilferding im Jahre 1909:

„Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft ... Das Verlangen nach Expansionspolitik aber revolutioniert auch die ganze Weltanschauung des Bürgertums. Es hört auf, friedlich und humanitär zu sein. Die alten Freihändler glaubten an den Freihandel nicht nur als die richtige ökonomische Politik, sondern auch als Ausgangspunkt einer Aera des Friedens. Das Finanzkapital hat diesen Glauben längst verloren ... Das Friedensideal verblaßte, an Stelle der Idee der Humanität tritt das Ideal der Größe und Macht des Staates ...An Stelle des demokratischen Gleichheitsideals ist ein oligarchisches Herrschaftsideal getreten." (S. 462-465)

Diese Worte schrieb, wie gesagt, der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding. Aber erst Lenin hat in seiner wissenschaftlichen Analyse des Imperialismus den Nachweis erbracht, daß die Herrschaft des Finanzkapitals Reaktion auf der ganzen Linie bedeutet. Es geht daraus hervor, daß die Ausbreitung des Imperialismus Hand in Hand geht mit der Ersetzung der demokratischen Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie durch despotische. Die Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands zu Anfang unseres Jahrhunderts war angefüllt mit Kämpfen der Arbeiterklasse um demokratische Freiheiten. Ich erinnere nur an die preußischen Wahlrechtskämpfe, an die Kämpfe um Koalitions- und Streikrecht. Als nach dem ersten Weltkrieg der deutsche Imperialismus wieder errichtet war, ging sein Erstarken parallel mit dem Abbau der Weimarer Demokratie und mit Maßnahmen zur Errichtung der faschistischen Diktatur vor sich. Besonders aber in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges sind die demokratischen Rechte und Institutionen der Bourgeoisie im Wege, und sie räumt sie rücksichtslos beiseite, wenn sie nicht daran gehindert wird. Hitler begann bekanntlich 1933 mit der Beseitigung der demokratischen Parteien und Organisationen. Damit schuf er erst die Voraussetzung für die Vorbereitung des neuen Raubkrieges der deutschen Imperialisten. Die Errichtung der faschistischen Diktatur ist die der imperialistischen Kriegsvorbereitung entsprechendste Herrschaftsform. Imperialistische Kriegshetze und Demokratie sind unvereinbar miteinander.

Diese Erkenntnis ermöglicht es uns, die innenpolitischen Vorgänge in der Bonner

(Fortsetzung nächste Seite)

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Bundesrepublik richtig zu verstehen. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus mußten auf Grund des Potsdamer Abkommens zunächst auch den Volksmassen in Westdeutschland gewisse demokratische Rechte gewährt werden, wobei freilich in Westdeutschland keinerlei materielle Grundlagen für diese Demokratie geschaffen wurden, wie es bei uns durch die Bodenreform und die Enteignung der Kriegsverbrecher geschah. Im gleichen Maße aber, wie in Westdeutschland der deutsche Imperialismus wiedererrichtet und die Remilitarisierung vorbereitet wurden, im gleichen Maße begann auch die Beseitigung der dürftigen demokratischen Rechte, und die systematische Wiedererrichtung des deutschen Faschismus als Werkzeug des amerikanischen Imperialismus wurde eingeleitet. In Westdeutschland besteht — von der Oberdiktatur der Hohen Kommissare abgesehen — wieder die uneingeschränkte Herrschaft der alten deutschen Finanzoligarchie, die 1933 Hitler an die Macht brachte und heute den Bonner Staatsapparat völlig in der Hand hat. Das entscheidende Merkmal der neuen Entwicklung besteht darin, daß die Volksmassen von der Staatsgewalt mit faschistischen Methoden geknechtet und ihrer demokratischen Rechte beraubt werden. Wie kann von Demokratie die Rede sein, wenn die Friedensbewegung des Volkes mit Polizeimethoden brutal unterdrückt wird, wenn die größte Massenbewegung der Jugend, die FDJ, wegen ihres Friedenskampfes verboten wird, wenn die Presse der Arbeiterpartei systematisch auf lange Fristen verboten wird, besonders dann, wenn Wahlen bevorstehen? Wie kann von Demokratie die Rede sein, wenn die von den Massen stürmisch geforderte Volksbefragung gegen die Remilitarisierung unter Bruch der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes verboten wird? Was ist das für eine Demokratie, in der die demokratischen und friedliebenden Organisationen verfolgt und unterdrückt werden und gleichzeitig faschistische Soldatenbünde sich mit höchster staatlicher Protektion ausbreiten? Man kann nicht von Demokratie sprechen, wenn jugendliche Friedenskämpfer, die einer Einladung nach Westberlin folgten, mit einem Polizeimassaker empfangen wurden, wobei es mehr als 600 zum Teil schwer Verletzte gab. Es ist keine Demokratie, wenn das Parlament bloß eine Staffage ist, während Herr Adenauer mit den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg oder auf Schloß Ernich ohne Auftrag und Vollmacht schicksalsschwere Entscheidungen trifft. Es ist keine Demokratie, wenn der hessische Metallarbeiterstreik trotz des eindeutig geäußerten Willens der Arbeiter durch den Staatsapparat und die Gewerkschaftsbürokratie zum Nutzen der Unternehmer unterdrückt wird. Es ist keine Freiheit, wenn die Friedenskämpferin Lilli Wächter angeklagt wird, nur weil sie über die Grausamkeiten der amerikanischen Truppen in Korea berichtete, die sie mit eigenen Augen sah. In Westberlin sind wir bereits wieder so weit, daß die reaktionären Kräfte offen mit SA-Provokationen auftreten.

Alle diese Ereignisse in Westdeutschland und Westberlin haben natürlich mit Freiheit und Demokratie nichts zu tun. Sie sind die schrittweise Vorbereitung der faschistischen Diktatur!

Eine Reihe westdeutscher und Westberliner Politikaster, mit Herrn Kaiser an der Spitze, haben den Appell der Volkskammer damit beantwortet, daß sie die alten Lügen von der angeblichen Unfreiheit in der Deutschen Demokratischen Republik wieder aufwärmten. Ihnen gefällt nicht, daß bei uns Kriegshetzer und imperialistische Agenten eingesperrt und hart bestraft werden. Ihnen gefällt nicht, daß wir die Verbreitung ihrer Kriegshetze und antibolschewistischen Lügen nicht zulassen. Wir antworten darauf: Es ist besser, jetzt ein paar Kriegshetzer und Saboteure einzusperren, als Millionen Jugendliche von ihnen ins Massengrab hetzen zu lassen. Hätte man in den zwanziger Jahren den Mut gehabt, die SA und SS zu verbieten, die nazistische Presse zu unterdrücken und die Hitler, Göring und Goebbels ins Gefängnis zu stecken, es wäre für das deutsche Volk besser gewesen! In Westdeutschland laufen aber heute die Nachfolger der Hitler und Goebbel frei umher und können ungehindert das alte Spiel wiederholen, und eine angeblich demokratische Presse wiederholt ungehindert die alte antibolschewistische Hetze der Nazis. Gleichzeitig aber werden die demokratischen und Arbeiterorganisationen ebenso wie damals gehetzt und verfolgt.

Die Herren, die heute in Westdeutschland und Westberlin die Wegbereiter des Faschismus sind, mögen doch endlich begreifen, daß sie keinerlei Recht haben, von Demokratie und Freiheit zu reden. Sie sind die Totengräber jeder Demokratie und Freiheit.

Imperialismus, Militarismus und Faschismus, das ist die heilige Dreieinigkeit, die den kapitalistischen Monopolprofit retten soll. Sie sind, das hat uns die geschichtliche Erfahrung schmerzhaft gelehrt, die Verderber des deutschen Volkes. Darum gilt es, ihnen den Kampf zu erklären Wir machen kein Hehl daraus, daß der Appell der Volkskammer darauf abzielt, eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in ganz Deutschland herbeizuführen, wie sie das Potsdamer Abkommen fordert. Der gesamtdeutschen Beratung ist die Aufgabe gestellt, für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung festzulegen, die ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland schaffen soll. Dieser Punkt des Appells läßt über unsere Absichten keinen Zweifel. Das neue Deutschland, dem die gesamtdeutsche Beratung den Weg bahnen soll, muß ein Deutschland sein, in dem durch die friedliche Vereinigung die Demokratie gesichert und die Reaktion zum Rückzug gezwungen wird.

Der Appell der Volkskammer ist zugleich ein Ausdruck der zunehmenden Stärke der Deutschen Demokratischen Republik. Nur Blinde können nicht sehen, daß wir in den Jahren des intensiven Aufbaues ein gewaltiges Stück vorwärtsgekommen sind. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung hat sich gefestigt, die Erfüllung des Fünfjahrplans sichert den stetigen Aufstieg unserer Wirtschaft, die Lebenslage der Massen hat sich grundlegend gebessert; auf kulturellem Gebiete haben wir große Erfolge in der Entwicklung einer neuen demokratischen deutschen Kultur zu verzeichnen. Die Massen der Bevölkerung vereinigen sich um die Arbeiterklasse und ihre Partei, die an der Spitze des antifaschistisch-demokratischen Blocks steht. Die Volkswahlen im Oktober vorigen Jahres und die Ergebnisse der Volksabstimmung haben bewiesen, daß die Politik unserer Partei und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland von der Bevölkerung unterstützt wird. Niemand soll glauben, daß das Rad der Geschichte zurückgedreht werden kann.

Natürlich haben wir noch große Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus den Folgen des Hitlerkrieges und der unseligen Spaltung Deutschlands ergeben. Aber wir brauchen diese Schwierigkeiten nicht zu vertuschen. Wir reden offen darüber, wir fordern die Bevölkerung auf, alle Mängel aufzudecken und bei ihrer Überwindung zu helfen. Darin liegt unsere Stärke.

Aber wir können uns damit nicht begnügen. Wir können uns nicht damit abfinden, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik eine friedliebende neue Ordnung aufgebaut haben, während im übrigen Teile Deutschlands die faschistische Macht wiedererrichtet und zu einem neuen Kriege gerüstet wird. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie die Jugend Westdeutschlands in eine neue faschistische Armee gepreßt wird, die im Interesse des amerikanisch-englischen Kriegsblocks einen neuen Krieg entfesseln soll, der mit einem deutschen Bruderkrieg beginnen würde. Wir wollen das ganze, einheitliche Deutschland schaffen, das friedliebend und demokratisch sein soll.

Der III. Parteitag hat mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Partei die Verantwortung für ganz Deutschland trägt.

Dieser Aufgabe entspricht der Appell der Volkskammer, der nicht ein diplomatischer oder propagandistischer Schritt, sondern eine große politische Aktion der Regierung und unserer Partei ist, die bei allen ehrlichen Deutschen, beim ganzen Volke Unterstützung findet. Denn wer die Einheit Deutschlands will, der kann es nicht ablehnen, daß sich die Deutschen in einer gesamtdeutschen Beratung einigen.

Wir sind uns völlig bewußt, daß eine Einigung in einer solchen gesamtdeutschen Beratung ernsthafte gegenseitige Zugeständnisse erfordert Wir sind im Namen des Friedens, der Einheit und der Demokratie bereit, solche Zugeständnisse zu machen, um ganz Deutschland von der imperialistischen Versklavung zu befreien. Aber die Bedingungen der Einigung oder für Wahlen können nicht von der Bonner Regierung oder dem Bundestag diktiert werden, sie müssen in freier gegenseitiger Vereinbarung festgelegt werden. Dazu ist eine gesamtdeutsche Beratung nötig.

Welche Bedeutung hat der Volkskammer-Appell für den nationalen Kampf des deutschen Volkes?

Genossinnen und Genossen!

Der Appell der Volkskammer ist für den nationalen Kampf des deutschen Volkes für Einheit, Unabhängigkeit und Souveränität von außerordentlicher Bedeutung.

Der Leninismus lehrt, daß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte zum Wesen des Imperialismus gehört. Im Jahre 1915 schrieb Lenin:

„Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. Er ist die Epoche der Kriege zwischen ihnen um die Erweiterung und Festigung der nationalen Unterdrückung." (Ausgewählte Werke, Band 5, S. 301).

Das Besondere der heutigen Situation besteht darin, daß e i n e Großmacht, der amerikanische Imperialismus, alle anderen kapitalistischen Länder in Abhängigkeit von sich gebracht hat. Nehmen wir z. B. eine solche imperialistische Großmacht wie Großbritannien. Die herrschenden Kreise dieses Landes, sowohl die Konservativen wie die Labouristen, haben nach dem zweiten Weltkrieg die Expansionspläne des USA-Imperialismus so bedingungslos unterstützt, daß Großbritannien selbst seine Unabhängigkeit weitgehend an die USA abtreten mußte. In dem im Februar dieses Jahres verkündeten „Programm der Kommunistischen Partei Großbritanniens" heißt es:

„Zum ersten Male in seiner Geschichte hat unser Land in der Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik seine Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit verloren und sich einer ausländischen Macht, den Vereinigten Staaten von Amerika, untergeordnet."

Wenn schon eine solche Großmacht wie Großbritannien in die Lage eines abhängigen Landes gerät, um wieviel mehr trifft das dann auf Länder wie Italien und Frankreich zu! Genosse Maurice Thorez schildert in seiner Selbstbiographie die Wirkung des Marshallplans mit folgenden Worten, die er mit dem Protest gegen die Kolonisierung Frankreichs verbindet:

„Der Marshallplan bildet eine offene und schamlose Einmischung in die Angelegenheiten der betroffenen Länder, die sich mit Hilfe der Funktion des amerikanischen Planadministrators vollzieht. Jeden Monat müssen die „nutznießenden" Länder dem Administrator über die Verwendung der erhaltenen Kredite Bericht erstatten. Die Vereinigten Staaten verfügen über das Recht der Einsichtnahme in das Geldwesen und setzen die Devisenkurse fest." (Maurice Thorez, „Ein Sohn des Volkes", S. 191)

Mit vollem Recht haben wir angesichts dieser Lage in unserer Entschließung vom 4. Oktober 1949 über „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" formuliert:

„Das Wesen der nationalen Frage im Weltmaßstabe besteht jetzt darin, den Plänen zur Errichtung des amerikanischen Imperialismus Widerstand entgegenzusetzen und diese Pläne zu zerschlagen." (S. 8).

In diesen Plänen ist Deutschland eine äußerst wichtige Rolle zugedacht, und zwar nicht nur wegen seiner geographischen Lage im Herzen Europas, sondern vor allem wegen seiner Industriekapazität und seiner Menschenreserven. Die Kriegstreiber wissen sehr gut, daß ohne Teilnahme des deutschen Volkes der amerikanische Krieg in Europa unmöglich ist.

In ihren Plänen zur Einbeziehung des von ihnen beherrschten westlichen und südlichen Teiles Deutschlands konnten sie sich natürlich nicht auf die Kräfte stützen, die aus der Vergangenheit Lehren gezogen hatten und einen neuen Weg der deutschen Entwicklung einschlagen wollten. Sie konnten nur bei den alten Verderbern Deutschlands Verständnis und Gegenliebe finden, die schon zweimal das deutsche Volk ins Unglück gestürzt hatten. Das waren die Junker und die Finanzhyänen, die alten Bürokraten und die Militaristen und schließlich die rechten sozialdemokratischen Führer. Alle diese Kräfte der Vergangenheit wurden wieder ans Licht gezerrt, aus den Gefängnissen entlassen, in Entnazifizierungskommissionen reingewaschen und in die Machtpositionen geschoben. Wenn wir uns die führenden Männer Westdeutschlands in Politik, Wirtschaft und Militärwesen heute anschauen, erkennen wir dieselben volksfremden Gestalten wieder, die 1933 Hitler an die Macht gebracht und 1939 den Krieg entfesselt haben!

Um ihre Kriegspläne in Europa — zu verwirklichen, haben — wie Genosse Ulbricht nachwies — die amerikanisch-englischen Imperialisten den deutschen Imperialismus wieder erstehen lassen und sind dabei, den deutschen Militarismus wieder aufzubauen. Auf ihn setzen sie hauptsächlich ihre Karte, weil sie ihn als Stoßtrupp für ihren Aggressionskrieg brauchen.

Die deutsche Finanzoligarchie, die Pferdmenges und Abs, Krupp und Thyssen, Haniel und Hoesch und wie sie alle heißen mögen, sind freudig auf die Kriegspläne der amerikanisch-englischen Imperialisten eingegangen. Sie, die von der Geschichte zum Abtreten verurteilt, spielen längst keine fortschrittliche oder nützliche Rolle mehr in der Gesellschaft, sondern sind Parasiten, die ihr Leben nur noch fristen können, indem sie das Blut der Nation in Strömen vergießen. Diese Herren, die nie nationale Gefühle gekannt haben, die mit der internationalen Hochfinanz versippt und verschwägert sind, deren Vaterland stets der Profit war, diese Herren kümmern sich den Teufel darum, daß ihre Politik die Nation in ihrer Lebenswurzel bedroht.

Die Politik, die von den westdeutschen Imperialisten zur Remilitarisierung für den amerikanischen Krieg durchgeführt wird, ist eine Politik des vollendeten nationalen Verrates. Es ist kein Zufall, daß gerade Herr Konrad Adenauer zum Exponenten dieser Politik erwählt wurde, denn er verfügt in dieser Hinsicht über große Erfahrungen.

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkriege versuchte eine Gruppe westdeutscher Monopolkapitalisten, durch die Flucht in eine separate Rheinland-Republik, der Verantwortung zu entgehen. Der Drahtzieher dieser Separatistenbewegung war kein anderer als der Dr. Konrad Adenauer. Im Jahre 1919 gab ein Dr. Fritz Brüggemann in Bonn eine Broschüre über „Die Rheinische Republik" heraus, die interessante Einzelheiten über die damalige Rolle Dr. Adenauers in der Separatistenbewegung, das heißt also in der damaligen Bewegung zur Spaltung Deutschlands enthält. In dieser Broschüre ist u. a. folgendes zu lesen:

„Der Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar stand unmittelbar bevor. Daher hatte der Oberbürgermeister Adenauer ... Anlaß genommen, alle Abgeordneten sowohl der deutschen Nationalversammlung als der preußischen Landesversammlung, aus der linksrheinischen Rheinprovinz zu einer Beratung über die Frage der Rheinischen Republik nach Köln einzuladen, bevor sie das Rheinland zur Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten verließen."

Weiter heißt es dann über diese Besprechung:

„Die Besprechungen wurden durch eine Ansprache Adenauers eingeleitet, in der dieser in sehr geschickter Weise die große Gefahr der dem Rheinland drohenden Annektion auf Grund der ihm zuteil gewordenen, gänzlich unkontrollierbaren Informationen schilderte. Gegenstand der Beratung war vor allen Dingen ein vom Zentrum zur Beschlußfassung gestellter Antrag. Dieser ging auf nichts weniger hinaus als daß der Nationalversammlung durch eine sofortige Vorbereitung zu dieser Abstimmung unverzüglich in die Wege zu leiten hätte."

Herr Adenauer, der sich heute so energisch gegen die gesetzmäßige Volksbefragung zur Rettung der Nation wehrt, war damals also bereit, eine ungesetzliche Volksabstimmung zum Verrat an der Nation durchzuführen!

In der Besprechung wurde ein parlamentarischer Ausschuß unter dem Vorsitz Adenauers gewählt zur „weiteren Bearbeitung der Pläne zur Errichtung einer Westdeutschen Republik". Schließlich warf Herr Adenauer dann auch die antibolschewistische Losung in die Debatte, um die Separatrepublik zu retten. Dr. Brüggemann schreibt:

„Los vom Bolschewismus!" ward nun der neue Schlachtruf am Rhein, los vom Bolschewismus durch die Errichtung der Rheinischen Republik." (S. 61-62)

Wir Ihr seht, mußte damals wie heute die Losung des Antibolschewismus zum Vorwand für den nationalen Verrat herhalten. Die aktuelle Bedeutung dieser geschichtlichen Ereignisse besteht darin, daß Herr Adenauer heute die gleiche Politik des nationalen Verrats betreibt, nur hat er den französischen Herrn gegen den amerikanischen ausgetauscht. Die gleiche Politik des nationalen Verrats zeigt sich in der widerspruchslosen Anerkennung der Auslandsschulden Hitlers, der Annullierung der deutschen Auslandsguthaben, in der Hinnahme der Knebelung des innerdeutschen und des Außenhandels, in der Auslieferung der Ruhrindustrie an die amerikanischen Monopole, im Verzicht auf die Souveränität der Bundesrepublik durch die Anerkennung der Interventionsrechte der Alliierten, in den Geheimverhandlungen auf Schloß Ernich und den vielen anderen landesverräterischen Handlungen des Herrn Adenauers. Prinzipiell hat Herr Adenauer seinen Standpunkt nicht geändert. 1919 wollte er im Interesse der rheinischen Schwerindustrie das Rheinland an die französischen Imperialisten verschachern, heute verschachert er im Interesse der westdeutschen Schwerindustrie Westdeutschland an den amerikanischen Imperialismus. Und er will diesem Verrat durch die Auslieferung der westdeutschen Jugend als Kanonenfutter an die amerikanischen Imperialisten die Krone aufsetzen.

Indem die Volkskammer dem Bundestag eine gesamtdeutsche Beratung zur Vorbereitung freier, gleiche. und geheimer Wahlen vorschlägt, will sie der landesverräterischen Politik ein Ende bereiten und die Entscheidung über Deutschland in die Hände des deutschen Volkes legen.

Um dem deutschen Volke den nationalen Verrat schmackhaft zu machen, um ihm den Verzicht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu versüßen, sprach Herr Adenauer von der Integration, das heißt von der Schaffung der Einheit Europas, um die es sich angeblich bei den Washingtoner Beschlüssen handelt Diese Losung ist aber nichts anderes als eine demagogische Lüge. Die Washingtoner Beschlüsse bedeuten nicht die Einheit, sondern die Spaltung Europas und vertiefen die Spaltung Deutschlands. Die Integration Europas soll nach den Washingtoner Beschlüssen auf dem Atlantikpakt beruhen. An diesem im Frühjahr 1949 abgeschlossenen Pakt sind neben den USA, Kanada, Großbritannien auch Länder wie Luxemburg, Dänemark und Portugal beteiligt.

Wenn wir uns diese Liste anschauen, wird auf den ersten Blick klar, daß es sich dabei niemals um eine Einheit gleichberechtigter Nationen handeln kann. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß selbst England, Frankreich und Italien sich heute in Abhängigkeit vom amerikanischen Monopolkapital befinden. In wieviel größerem Maße gilt dies dann aber von Ländern wie Dänemark oder Luxemburg! Es ist klar, daß diese Integration Adenauers nicht die Einheit Europas, sondern ein europäisches Einheits-Warenhaus für Kanonenfutter darstellen soll.

Außerdem: was ist denn das für ein komisches Europa? Bisher haben wir immer angenommen, daß sich Europa von der Küste des Atlantischen Ozetans bis zum Ural erstreckt. Herr Adenauer hat offenbar von Europa einen anderen Begriff. Nach seiner Meinung zählen zu Europa etwa 140 Millionen Menschen des nördlichen amerikanischen Erdteils, während über 220 Millionen Menschen des östlichen europäischen Erdteils von der Einheit Europas ausgeschlossen werden sollen. Vielleicht meint Herr Adenauer, der ja nicht an zu großer Bescheidenheit leidet, nach berühmtem Muster: „Wer Europäer ist, bestimme ich!"

Freilich ist für jeden Einsichtigen klar, daß Herr Adenauer damit den Begriff Europa überhaupt liquidiert und statt der Einheit Europas seine Spaltung predigt. Nicht besser steht es um die zu bildende Europaarmee. An dieser Armee sind nach dem Plevenplan fünf von 26 europäischen Ländern beteiligt, die unter amerikanischem Kommando stehen! Es gehört schon eine tüchtige Portion Rabulistik dazu, angesichts dieser Tatsache von einer Europaarmee zu sprechen!

Prinzipiell ist zu der Integration Europas zu sagen, daß es überhaupt unmöglich ist, eine Einheit Europas als Vereinigung gleichberechtigter und freier Nationen auf imperialistischer Grundlage herbeizuführen. Jeder solche Versuch führt unweigerlich zur Versklavung der schwachen Nationen. Denn die Einheit Europas ist nur möglich als freiwillige Vereinigung freier, souveräner und völlig gleichberechtigter Nationen. Das Wesen des Imperialismus besteht aber in der nationalen Unterdrückung und kolonialen Ausbeutung zahlreicher Nationen durch die imperialistischen Großmächte, heute vor allem durch die USA. Die Integration Europas, wie sie Adenauer vertritt, kann also nichts anderes sein als das Etikett für den Verkauf der europäischen Nationen an den amerikanischen Imperialismus.

Die Integration des Herrn Adenauer stellt nicht die Vereinigung und Entwicklung freier europäischer Nationen dar, sondern die Herstellung des europäischen Sklavenmarktes für die amerikanischen Monopole.

Die Imperialisten haben keine Europakonzeption, die den europäischen Völkern den Weg in die Zukuft weist, und können keine haben. Ihre Konzeption der Integration Europas bedeutet die Spaltung Europas und die Opferung der europäischen Völker für den Profit des Monopolkapitals.

Die Vereinigung Europas ist nur möglich nach der Befreiung aller Völker Europas von imperialistischer Unterdrückung, nach der Herstellung der vollen **Freiheit und Souveränität aller Völker Europas.**

Darum stellen wir der verlogenen imperialistischen Losung der Integration Europas die Losung des Kampfes um die nationale Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit, die Wiedererlangung der vollen Souveränität der deutschen Nation entgegen. Darum fordern wir die freien Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung, damit das deutsche Volk sein Geschick in die eigenen Hände nehmen kann. Darum fordern wir den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen, denn anders kann die Souveränität des deutschen Volkes nicht wiedererlangt werden. Das ist unsere patriotische deutsche Konzeption, die im Volkskammerappell niedergelegt ist. Sie allein ist geeignet, den Frieden in Europa und die Freiheit der europäischen Nationen zu sichern. Diese Konzeption drückt Hoffen und Sehnen aller wahren deutschen Patrioten aus, denen das Wohl Deutschlands und das Wohl Europas am Herzen liegt.

Denn

Europa kann nur dann einig und frei, glücklich und in Frieden leben, wenn ein einiges und freies, glückliches und friedliebendes Deutschland besteht!

Sind die Vorschläge der Volkskammer real?

Genossinnen und Genossen!

Ich möchte nun auf einige Fragen eingehen, die die Realität, die Durchführbarkeit der von der Volkskammer vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen.

Die erste Frage betrifft die Möglichkeit, einen Krieg zu verhindern. Ich will von der primitiven Behauptung absehen, „es hat immer Kriege gegeben und wird immer Kriege geben". Denn für einen Marxisten ist von vornherein klar, daß die Kriege gesellschaftliche Erscheinungen sind, die gesellschaftliche Ursachen haben. Die gesellschaftlichen Zustände werden aber von den Menschen geschaffen und können von ihnen geändert werden. Es kommt also darauf an, die gesellschaftlichen Ursachen der Kriege zu beseitigen, und die Kriege selbst werden verschwinden. Ernsthafter ist die andere Fragestellung, ob ein Krieg verhindert werden kann, solange der Imperialismus in der Welt fortbesteht. Der Marxismus-Leninismus erbringt den unwiderlegbaren wissenschaftlichen Nachweis, daß der Imperialismus in unserer Epoche die Kriege erzeugt. Das ist unbestreitbar. Aber es wäre undialektisch, unmarxistisch, daraus die absolute Unvermeidlichkeit des Krieges nachzuweisen. Die historische Frage ist heute so gestellt, ob der Imperialismus noch die Kraft hat, gegen den Willen der Völker die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus dem Kräfteverhältnis zwischen dem Lager des Krieges und dem Lager des Friedens. Ist das Friedenslager stark genug, insbesondere durch die Mobilisierung der Massen in den imperialistischen Ländern selbst den Kriegstreibern in den Arm zu fallen, dann kann ein neuer Krieg verhindert werden. „Der Friede wird erhalten und gefestigt werden — sagt Genosse Stalin —, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen." Konkret auf Deutschland angewandt heißt dies, die Remilitarisierung Westdeutschlands und damit ein neuer Krieg kann verhindert werden, wenn wir die Massen der westdeutschen Bevölkerung für den aktiven Kampf um die Erhaltung des Friedens gewinnen. Wenn wir die heutige Situation mit der Lage am Vorabend der früheren Weltkriege oder sogar mit der Lage vor zwei Jahren vergleichen, so ist ohne weiteres klar, daß die Kräfte des Friedens heute viel stärker und organisierter sind als früher. Insbesondere die Tatsache, daß das Friedenslager durch die sozialistische Sowjetunion geführt wird, daß es sich auf die organisierte Staatsmacht der Volksdemokratien stützt und in den imperialistischen Ländern Hunderte Millionen aktiver Kämpfer zu seinen Anhängern zählt — diese Tatsache zeigt, daß sich die Weltlage grundlegend zugunsten des Friedens geändert hat. Es besteht heute die reale Chance, einen neuen Krieg zu vermeiden — wir müssen sie nur zu nützen verstehen.

Der Volkskammerappell verfolgt eben dieses Ziel. Wenn die regierenden Kreise in Bonn die gesamtdeutsche Beratung ablehnen, so liegt der tiefste Grund dafür darin, das hat Adenauer offen zugegeben, daß eine gesamtdeutsche Beratung die Remilitarisierung stören würde.

Um so mehr Grund haben aber die Anhänger des Friedenslagers, trotz allem die gesamtdeutsche Beratung zu erzwingen.

Eine zweite Frage betrifft die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens des Imperialismus und des Sozialismus. Lenin und Stalin haben wiederholt die Möglichkeit eines solchen friedlichen Nebeneinanderbestehens betont. Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetregierung rechnet eben mit dieser Möglichkeit. Das sozialistische Land betreibt eine solche Friedenspolitik, weil es im Innern die Ursachen des Krieges — den Monopolkapitalismus — beseitigt hat, weil es auf die Vertretung der Interessen der Arbeiter und Bauern eingestellt ist und weil es für seinen Aufbau des für die sozialistische Umgestaltung des Landes, für den Aufbau des Kommunismus den Frieden braucht. Daß auch die imperialistische Welt ohne Krieg neben der Sowjetunion existieren kann, haben die Jahre seit der Beendigung der Intervention in Rußland bis zum zweiten Weltkrieg bewiesen. Im letzten Weltkrieg hat sich herausgestellt, daß sogar eine Zusammenarbeit im Kriege zwischen solchen imperialistischen Ländern wie den USA, Großbritannien und Frankreich und der Sowjetunion möglich war. Warum soll dan nicht ein Zusammengehen im Frieden möglich sein? Freilich bedeutet das nicht, daß gleichzeitig auch im Innern der imperialistischen Länder eine friedliche Entwicklung möglich wäre. Der Imperialismus, der auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Lande und der Kolonialvölker beruht, ruft notwendigerweise eine Verschärfung des Klassenkampfes und der kolonialen Befreiungsbewegung hervor. Diese inneren Schwierigkeiten verstärken sein Bestreben zum Krieg, der den Finanzkapitalisten ein willkommenes Mittel ist, von den Konflikten innerhalb seines Systems abzulenken. Ob es ihnen aber gelingt, den Ausweg im Krieg zu suchen, das hängt — wie gesagt — vom Widerstand der Volksmassen ab.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß ein neuer Krieg unweigerlich mit einer Katastrophe für den Imperialismus endet, wird manchmal auch die Frage gestellt, ob der Krieg nicht der sicherste und wirksamste oder gar der einzigste Weg zum Sturz des Imperialismus ist. Diese Ansicht ist vollkommen falsch und sehr gefährlich, weil sie den Kampf gegen die Kriegstreiber lähmt. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß der Imperialismus zum Untergange verurteilt ist. Aber die Entfesselung eines neuen Krieges würde bedeuten, daß der Imperialismus Millionen Menschen in seinen Untergang hineinreißt, werktätige Menschen, die Erbauer der neuen Gesellschaftsordnung sein sollen. Ein neuer Krieg würde für einige Länder und besonders für Deutschland den Aufbau des Sozialismus ungeheuer erschweren, wenn nicht in Frage stellen. Der Kampf um Demokratie und Sozialismus fällt daher zusammen mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens.

Darum müssen wir gerade im Namen des Sozialismus alles tun, um eine Kriegsprovokation zu verhindern und den Frieden zu sichern.

Schließlich wird noch gefragt, ob denn die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege überhaupt möglich ist, da doch die amerikanisch-englischen Besatzungsbehörden die Spaltung Deutschlands wollen. Auch diese Frage wird einzig und allein durch die Entwicklung der Massenbewegung, besonders durch den Kampf der Arbeiterklasse entschieden. Solange es den Adenauer, Schumacher und Co. noch gelingt, die Massen mit der Losung der Einheit Europas zu betrügen und sich als Anhänger der Einheit Deutschlands aufzuspielen, solange die rechten sozialdemokratischen Führer und die DGB-Führer die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu verhindern vermögen, solange können die Imperialisten ihre Spaltungspolitik durchführen. Aber das kann nicht von Dauer sein. Man kann nicht Mitte des 20. Jahrhunderts im Herzen Europas eine Kulturnation für lange Zeit in zwei Teile zerreißen. Das in Jahrhunderten qualvollen nationalen Kampfes gewachsene Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit der Deutschen wird sich schließlich wie eine elementare Gewalt durchsetzen. Das Anwachsen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zeigt, daß dieser Prozeß bereits begonnen hat. Wird der nationale Strom stark genug sein, dann wird er die nationalen Verräter hinwegschwemmen und die Einheit der Deutschen erzwingen. Dann müssen auch die Okkupationsbehörden mit dem Willen des deutschen Volkes rechnen.

Der Sinn des Appells der Volkskammer ist es, dem Willen des deutschen Volkes zur Einheit in einer gesamtdeutschen Beratung Ausdruck zu verschaffen und einen bedeutsamen Schritt zu seiner Verwirklichung zu tun.

Es gibt also keine objektiven Gründe, die gegen die Verwirklichung des Volkskammerappells sprechen. Was aber die subjektiven Kräfte — das deutsche Volk — anbelangt, so ist es ganz offensichtlich, daß der Vorschlag der Volkskammer dem Wünschen und Wollen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. Die grandiose Volksabstimmung in der Deutschen Demokratischen Republik, die Ergebnisse der Volksbefragung in Westdeutschland und Westberlin zeigen ganz eindeutig: mehr als 90 v. H. des deutschen Volkes wollen keine Remilitarisierung, sondern einen Friedensvertrag. Und nicht nur die werktätigen Schichten, die Arbeiter, Bauern und Handwerker, haben ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der Volkskammer erklärt, auch zahlreiche bürgerliche Kreise brachten eindeutig zum Ausdruck, daß sie eine Beteiligung an einer gesamtdeutschen Beratung für notwendig halten. Ich will aus den vielen Kommentaren der westdeutschen Presse, die für eine gesamtdeutsche Beratung eintraten, nur ein Beispiel anführen. Der „Mannheimer Morgen" schrieb:

„Es müßte ein echtes Anliegen unserer westdeutschen Politiker sein, alle Möglichkeiten in dieser Hinsicht zu prüfen und entsprechend zu handeln ... Fällt uns ein Stein aus der Krone wenn sich ein paar Delegierte unserer Bonner Volksvertretung ... mit Vertretern der Volkskammer zusammensetzen? Die Westalliierten würden wahrscheinlich äußerst ungehalten sein. Aber was tut das?"

Diese Stimme, der viele ähnliche zugefügt werden könnten, zeigt, wie der Volkskammerappell selbst in Kreisen des Bürgertums den Boden gelockert hat.

Natürlich gibt es Faktoren, die die Durchführung einer gesamtdeutschen Beratung zu verhindern suchen.

Hier sind an erster Stelle die imperialistischen Besatzungsmächte zu nennen. Sie sind die stärkste Kraft gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands, weil ein einheitliches Deutschland ihren Aggressionsplänen widerspricht. Aber je stärker die nationale Bewegung ist, desto mehr müssen auch die westlichen Besatzungsmächte mit ihr rechnen. Sie rechnen schon jetzt damit! Es ist bekannt, daß die Rede Adenauers am 17. September mit McCloy vereinbart war. Aber McCloy selbst hat geschwiegen und Adenauer vorgeschickt, um Gründe gegen die gesamtdeutsche Beratung zu erfinden. Die amerikanische Besatzungsmacht fürchtet offenbar die Reaktion der öffentlichen Meinung der Deutschen auf eine offene Verteidigung ihrer Spaltungspolitik.

Es ist bekannt, daß allein die sowjetische Besatzungsmacht zu dem Schritt der Volkskammer Stellung genommen hat. General Tschuikow hat in einem Interview erklärt,

„daß alle Anstrengungen, die von den Vertretern Ostdeutschlands wie auch Westdeutschlands in dieser Richtung unternommen werden, die energischste und dabei vollkommen uneigennützige Unterstützung der Sowjetunion finden werden".

Damit hat das deutsche Volk wiederum einen anschaulichen Beweis dafür erhalten, daß es in der Sowjetunion einen treuen Freund hat, der es in seinem Kampfe um Frieden und Einheit selbstlos unterstützt!

Ein ernsthaftes Hindernis auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Beratung sind auch die Vorurteile, die bei weiten Kreisen der Bevölkerung Westdeutschlands gegenüber der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik noch bestehen. Die tägliche Schlammflut von Verleumdungen und Lügen, die sich aus Presse und Rundfunk auf die Bevölkerung ergießt, hat ihre Wirkung noch nicht verloren. Hieraus ergibt sich die große Aufgabe für die Partei, die Aufklärungsarbeit unter den Massen, die Entlarvung der Kriegshetzer noch mehr zu verstärken.

Die Antwort des Bundestages

Daß sich auch in der westdeutschen Bevölkerung ein Umschwung bemerkbar macht, das zeigt nicht nur der große Widerhall, den der Volkskammerappell bei den Massen gefunden hat, das zeigt auch der Verlauf der gestrigen Sitzung des Bundestages. Herr Adenauer hat im Namen der Regierung den Vorschlag einer gesamtdeutschen Beratung wiederum faktisch abgelehnt. Leider haben sich auch die Bundestagsabgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten gegen die Beratung ausgesprochen. Aber die Erklärung Adenauers wie auch die Debatte im Bundestag zeigen, daß die Bonner Herrschaften sich nicht mehr erlauben können, einfach nein zu sagen. Herr Adenauer hat in seiner Erklärung den Anschein zu erwecken versucht, als ob die Bundesregierung gesamtdeutsche freie und demokratische Wahlen wünscht. Er hat sich ausführlich mit der Wahltechnik befaßt und nicht weniger als 14 Punkte einer Wahlordnung aufgezählt, die von der Bundesregierung vorgelegt werden soll. Aber tatsächlich hat Herr Adenauer gesamtdeutsche Wahlen abgelehnt, denn er hat sie wiederum an Bedingungen geknüpft, die freie Wahlen in ganz Deutschland unmöglich machen sollen. Es ist von vornherein klar, daß gesamtdeutsche Wahlen nur stattfinden können, wenn sich die Vertreter von West und Ost über den Wahlmodus geeinigt haben. Herr Adenauer hat aber die gesamtdeutsche Beratung abgelehnt mit der Begründung, Beratungen mit Kommunisten bedeuteten angeblich entweder ein Diktat oder endlose Verzögerungen. Das sagt ausgerechnet Adenauer, der von sich aus die Wahlordnung diktieren will und seit Jahr und Tag die gesamtdeutschen Wahlen verzögert! Seine Wahlordnung will Herr Adenauer den Vereinigten Nationen zuschicken, womit er die Entscheidung wiederum dem deutschen Volk aus den Händen zu nehmen versucht. Schließlich hat Herr Adenauer wieder die bekannten Verleumdungen gegen die Deutsche Demokratische Republik vorgebracht und daran Bedingungen geknüpft, die gesamtdeutsche Wahlen verhindern sollen. Die Antwort der Bonner Regierung und des Bonner Bundestages ist also ein neues Betrugsmanöver. Unter der scheinbaren Zustimmung zu gesamtdeutschen freien Wahlen wollen sie tatsächlich das Zustandekommen solcher Wahlen verhindern. Denn sie haben den einzigen Weg abgelehnt, der zu solchen Wahlen führen kann: die gesamtdeutsche Beratung. Der Antrag der kommunistischen Fraktion des Bundestages, der Einladung der Volkskammer zu entsprechen, ist gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt worden. Statt dessen hat der Bundestag zusätzlich einen SPD-Antrag angenommen, sofort Wahlen in Berlin abzuhalten. Auch dieser Beschluß ist nichts als ein Ablenkungsmanöver. Der Vorschlag der Volkskammer ist für jeden, der richtig deutsch lesen kann, absolut klar. Es soll eine gesamtdeutsche Beratung stattfinden, um

1. freie Wahlen in ganz Deutschland zu einer deutschen Nationalversammlung festzulegen,

2. den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verlangen.

Es ist klar, daß keine dieser beiden Fragen durch Wahlen in Berlin entschieden oder auch nur der Lösung nähergebracht werden kann. Ebenso ist aber auch klar, daß die Lösung dieser beiden Fragen zugleich auch die Lösung der Berliner Frage bringt. Die Spalter Deutschlands wollen aber nicht die Einheit Deutschlands und nicht die Einheit Berlins, sondern sie wollen die Spaltung aufrechterhalten und Berlin in ein 12. Duodezland der Bundesrepublik verwandeln.

Für uns ist und bleibt Berlin aber die Hauptstadt Deutschlands!

Das Schicksal Berlins ist mit dem Schicksal Deutschlands untrennbar verknüpft und wird mit ihm entschieden werden. Darum hat sich der Volkskammerappell auch nicht besonders mit der Teilfrage Berlin befaßt, sondern die gesamtdeutsche Frage gestellt.

Die Autoren des genialen Vorschlages, die gesamtdeutschen Wahlen durch Berliner Wahlen zu ersetzen, haben selbst ganz offen zugegeben, daß es sich dabei nur um einen Trick handelt. Sie wollen **damit erproben, ob es Grotewohl mit sei**nem Vorschlag ehrlich meint. Aber wozu denn diese Umwege? Es gibt doch ein sehr einfaches Mittel, die Ehrlichkeit des Vorschlages der Volkskammer zu erproben:

Kommt zur gesamtdeutschen Beratung, und ihr könnt euch von der Ehrlichkeit des Angebotes überzeugen!

Warum haben diese Herren denn eine solche Angst davor sich mit den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik an einen Tisch zu setzen? Haben sie Angst vor der eigenen Courage?

Fürchten sie, mit ihren Lügen in einer sachlichen gemeinsamen Beratung nicht bestehen zu können? Bangt ihnen davor, in den Grundfragen der Nation offen Farbe bekennen zu müssen? Oder glauben sie, durch gesamtdeutsche Beratungen in ihrem kriegstreiberischen, antinationalen, antidemokratischen Tun gestört zu werden? Es ist kein Zweifel, die Masse unseres Volkes will eine Verständigung zwischen den Deutschen aus Ost und West. Warum also sperren sich die Herren? Warum lenken sie mit Berliner Wahlen ab?

Die Antwort ist klar: sie wollen in Geheimverhandlungen, verborgen vor den Augen des Volkes, die Politik der Remilitarisierung zu Ende führen Darum wurde in den offiziellen Reden im Bundestag auch kein Wort über den Friedensvertrag und über die Washingtoner Beschlüsse gesagt. Auch der Redner der sozialdemokratischen Opposition hat die Washingtoner Beschlüsse mit keinem Wort erwähnt. Offenkundig haben die Herren auf dem Petersberg den Befehl erteilt, diese heiklen Fragen nicht zu berühren, und Regierungskoalition wie Opposition haben widerspruchslos diesem Befehl gehorcht So sieht die Freiheit des Bonner Parlaments aus. Allein unser Genosse Max Reimann hat in seiner Rede diese für unser Volk wichtigsten Fragen behandelt. Allein er hat die Ablehnung der Washingtoner Beschlüsse, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen gefordert. Damit hat Max Reimann wiederum bewiesen:

In Westdeutschland sind die Kommunisten die konsequentesten und mutigsten Kämpfer für die Interessen des deutschen Volkes!

Die Strategie der Bonner Herren ist klar.

Durch ihre Beschlüsse wollen sie von der Tatsache ablenken, daß sie wiederum gegen die Interessen des Volkes gehandelt haben, daß sie bereit sind, die Adenauerregierung bei der Durchführung der verbrecherischen Washingtoner Beschlüsse auch weiterhin zu unterstützen. Die mit einer scheinbaren Annahme des Vorschlages markierte Ablehnung zeigt, wie sehr die Bonner Abgeordneten unter einem doppelten Druck stehen: Unter dem Drucke der Massen, die keinen neuen Krieg wollen, und unter dem Drucke McCloys, der Kanonenfutter fordert. Die Beschlüsse der gestrigen Bundestagssitzung zeigen, daß die Mehrheit dem Drucke McCloys nachgeben will, ohne das den Massen eingestehen zu wollen.

In entscheidender Stunde hat sich die Mehrheit der Bonner Abgeordneten wieder als unfähig erwiesen, Führer der Nation zu sein. Aber die Unfähigkeit und Unfreiheit des Bonner Parlaments löst nicht die Lebensfragen der Nation. Wenn die Herren glauben, mit ihren Beschlüssen den Volkskammerappell abgetan zu haben und nun in Ruhe die Remilitarisierung durchführen zu können, so befinden sie sich in einem großen Irrtum. Der Appell der Volkskammer ist nicht nur an den Bundestag, er ist an alle demokratischen Parteien und Organisationen und an das ganze deutsche Volk gerichtet.

Das Volk wird entscheiden!

Wir werden unsere Arbeit und unsere Versuche fortsetzen, eine gesamtdeutsche Beratung mit dem Ziel zustande zu bringen, in ganz Deutschland freie Wahlen zu einer Nationalversammlung durchzuführen und den Abschluß eines Friedensvertrages zu beschleunigen, möge es den Adenauer und Schumacher angenehm sein oder nicht. Diesen Herren könnte es passen, daß wir den Versuch zu Erlangung einer friedlichen Einigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage aufgeben. Aber wir werden ihnen diesen Gefallen nicht tun! Wir werden unseren Kampf fortsetzen.

Aus den Beschlüssen des Bundestages und der Regierungserklärung Adenauers ziehen wir den Schluß, den Massenkampf aufs höchste zu steigern für die Schaffung eines einigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands durch freie Wahlen, für die Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung, für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.

Der Vorschlag der Volkskammer ist mit der Bonner Ablehnung nicht zu den Akten gelegt. Jetzt beginnt der Kampf auf breiterer Basis um die Erringung der Ziele, die durch den Vorschlag der Volkskammer auf kürzerem Wege erreicht werden sollten: um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland und um den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.

Wie stehen die verschiedenen Bevölkerungsschichten zum Volkskammer-Appell?

Genossinnen und Genossen!

Die knapp zwei Wochen, die seit der Tagung der Volkskammer vergangen sind, haben die wahre Natur der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und der verschiedenen Parteien enthüllt. Dabei ist zugleich klar geworden, daß die Masse der westdeutschen Bevölkerung nicht der falschen Idee einer „atlantischen Gesellschaft" oder einer „Integration Europas" anhängt, sondern die Idee des Friedens und der Einheit Deutschlands vertritt.

Es zeigt sich, daß von allen gesellschaftlichen Schichten in Westdeutschland einzig die herrschende Finanzclique bedenkenlos und konsequent die antideutsche Politik der Spaltung und der Remilitarisierung vertritt. Sie stützt sich auf die Bajonette der Besatzungsmächte der imperialistischen Länder und nützt sie in ihrem Klasseninteresse zur Beherrschung der Volksmassen aus. Der monopolistischen Bourgeoisie allein ist es von Vorteil, daß bei der Durchführung von Wahlen nicht konsequent-demokratische Grundsätze angewandt, daß die Selbständigkeit, Initiative und die Energie der Volksmassen unterdrückt werden. Darum macht sie ihren ganzen Einfluß geltend, um wirklich demokratische Wahlen und eine demokratische Einigung zu hintertreiben.

Der Einfluß dieser kleinen Gruppe von Finanzhyänen, die unmittelbar die Interessen des amerikanisch-englischen Imperialismus und des deutschen Imperialismus verkörpern, ist aber sehr groß. Sie beherrschen die westdeutsche Regierung und die Führer der verschiedenen Parteien. Diese Führer sind in offenem Gegensatz zu dem Willen der Massen ihrer Anhänger Werkzeuge der imperialistischen Politik.

Das mittlere und kleine Bürgertum

in Westdeutschland hat zu sehr unter dem Druck der Monopole und der Besatzung zu leiden, um die imperialistische Politik unterstützen zu können. Es fühlt deutlich, daß diese Politik nur den Monopolen dient und in ihrer letzten Konsequenz ihren unentrinnbaren Ruin herbeiführt. Ebenso wird die Bauernschaft Westdeutschlands durch die wachsenden Belastungen, die Aussichtslosigkeit ihrer wirtschaftlichen Lage und die zahlreichen Landenteignungen für militärische Zwecke immer mehr in Opposition zu dem herrschenden Regime gebracht. Aber diese Schichten stehen zum Teil noch unter dem Einfluß der antikommunistischen Hetze, um konsequent auftreten zu können. Schon wiederholt haben in der Geschichte Deutschlands diese Schichten gerade an historischen Wendepunkten eine unklare und schwankende Haltung gezeigt. Es ist offensichtlich, daß diese Kreise sich in zunehmendem Maße dem Friedenslager und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nähern. Sie können als zuverlässige Kämpfer nur gewonnen werden, wenn an der Spitze des nationalen Kampfes eine zielbewußte und starke Kraft steht, die durch ihr Beispiel die breitesten Massen für den Kampf gewinnt.

Diese Kraft kann nur die Arbeiterklasse sein

Sie allein ist ein konsequenter Kämpfer für die Demokratisierung und die Einheit Deutschlands, für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands. Nur die Arbeiterklasse ist in der Lage, einen wirklichen Kampf gegen die verräterische imperialistische Bourgeoisie und ihre Agenten zu organisieren. Der Ausgang des Kampfes um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland wird davon abhängen, ob die Arbeiterklasse in Ost- und Westdeutschland die führende Rolle im Kampf des deutschen Volkes gegen die imperialistische Versklavung Westdeutschlands spielt, ob es ihr gelingt, in diesem Kampfe ein festes Bündnis mit den werktätigen Massen in Stadt und Land zu schmieden. Die großen Fragen der politischen Freiheit und der Vereinigung Deutschlands werden daher letzten Endes durch die Organisiertheit der Arbeiterklasse und ihres Vortrupps, der Arbeiterpartei, entschieden.

Die Arbeiterklasse hat unter den Folgen der Spaltungs- und Kriegspolitik am meisten zu leiden. Sie muß mehr schuften und kann sich für ihren Lohn weniger kaufen. Die Teuerung und die Steuerlast wachsen unaufhörlich. Die Arbeiter sind gezwungen, in großen Lohnkämpfen ihr Leben zu verteidigen. Gleichzeitig bleiben Millionen Arbeiter ohne Erwerb, weil der Imperialismus ihnen keine Verdienstmöglichkeiten mehr bieten kann. Hunderttausende Jugendliche in Westdeutschland reihen sich von der Schulbank in das Arbeitslosenheer ein. Die Rüstungspolitik Adenauers hat ihnen keine andere Zukunft zu bieten als das Massengrab. Angesichts dieser Lage wachsen die Empörung und Kampfentschlossenheit der westdeutschen Arbeiterschaft immer mehr.

Sie beginnt zu begreifen, daß ihr Elend überwunden werden kann, wenn der imperialistischen Politik ein Ende gemacht wird, wenn

auch in Westdeutschland der Weg des demokratischen Aufbaues

beschritten wird, der in der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage des Fünfjahrplans so große Erfolge zeitigt. So wächst auch im Westen die Arbeiterklasse zum Führer des nationalen Kampfes heran.

Die imperialistische Bourgeoisie weiß sehr gut, daß sie in der Arbeiterklasse ihren ernsthaftesten Gegner hat. Sie versucht deshalb die proletarischen Reihen zu schwächen, indem sie den Arbeitern Unglauben an ihre eigene Kraft einflößt. Solcher Unglaube dringt zuweilen auch in die Reihen der proletarischen Organisationen ein. So erklärte beispielsweise in Schöneberg ein Kollege vom FDGB:

„Es kommt darauf an, das Bürgertum zu gewinnen, denn wir sehen doch, die Arbeiterklasse ist zu schwach, sie ist am Boden."

Diese Kapitulantenstimmung zeigt, daß dieser Kollege völlig der Hetze erlegen ist und sein proletarisches Klassenbewußtsein verloren hat.

Es gibt keine Klasse, die so stark wäre wie die Arbeiterklasse,

auch dort nicht, wo diese vorübergehend unterdrückt wird. Die Arbeiterklasse ist der Hauptträger der Produktion, sie ist die Klasse, von der die Zukunft der Menschheit abhängt.

Genosse Stalin lehrt uns:

„Also darf man sich nicht auf diejenigen Schichten der Gesellschaft orientieren, die sich nicht mehr entwickeln, auch wenn sie im gegenwärtigen Augenblick die vorherrschende Kraft darstellen, sondern muß sich auf diejenigen Schichten orientieren, die sich entwickeln, die eine Zukunft haben, auch wenn sie im gegenwärtigen Augenblick nicht die vorherrschende Kraft darstellen." (Stalin „Über dialektischen und historischen Materialismus", Dietz-Verlag, Berlin 1945, S. 10/11.)

Wie kann man an der Kraft der Arbeiterklasse zweifeln, nachdem sie in der Sowjetunion, in den volksdemokratischen Ländern und in der DDR Wunder des Aufbaues vollbrachte und vollbringt, wie sie keine Klasse vor ihr vollbracht hat! Wie kann man von ihrer Schwäche reden, da sie in der Erfüllung unseres Fünfjahrplans täglich neue Siege erringt! Der Kollege aus Schöneberg möge doch einmal herüber in den demokratischen Sektor Berlins kommen und unseren Aufbau betrachten, mit unseren Aktivisten sprechen, dann wird er beschämt feststellen müssen, wie kleinmütig und falsch seine Auffassung ist. Und zeigt sich das in Westdeutschland nicht auch? Hat denn der hessische Metallarbeiterstreik nicht das ganze monopolistische Gesindel und seinen Anhang in Schrecken versetzt? Wurden nicht Staatsmacht und Gewerkschaftsbürokratie mobilisiert, schmaloser Betrug verübt, um den Streik abzuwürgen? Warum denn? Weil die Bourgeoisie Angst hat vor der Arbeiterklasse, weil sie recht gut weiß, daß die Arbeiter ihre gefährlichsten Gegner sind.

Die Arbeiterklasse hat eine gewaltige Macht,

sie muß nur organisiert und richtig geführt werden. Die zeitweilige Schwäche der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin kommt von ihrer Spaltung, die ihre Kräfte lähmt. Sie kommt daher, daß viele Arbeiter die imperialistische Agentur noch nicht erkannt haben, die in ihren Reihen in Gestalt der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer besteht. Seitdem diese Führer 1914 ins Lager der imperialistischen Bourgeoisie übergelaufen sind, haben sie den proletarischen Klassenkampf mit imperialistischem Lakaientum vertauscht. Und seitdem die Große Sozialistische Oktoberrevolution die Welt in zwei Lager geteilt hat, stehen diese Führer unbeirrt im Lager der Feinde des Sozialismus. Ja, es muß offen ausgesprochen werden, die rechten sozialdemokratischen Führer sind die niederträchtigsten und wütendsten Feinde der Sowjetunion. Ihr Haß gegen den Kommunismus macht sie so blind, daß sie jeden Sinn für gesellschaftlichen Fortschritt verloren haben.

Die r e c h t e n sozialdemokratischen Führer können kein Zukunftsprogramm mehr entwickeln, sie können nur blindlings den Monopolkapitalismus verteidigen,

denn es gibt keine Zukunft in Feindschaft zur Sowjetunion. Die Sowjetunion, die in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geboren wurde, die siegreich den Sozialismus erbaute und zum Kommunismus vorwärts schreitet, sie zeigt der Menschheit den Weg in eine bessere Zukunft. Darum haben sich alle rückschrittlichen Kräfte gegen die Sowjetunion verschworen, darum ist der Antikommunismus die Sammellosung der ganzen Weltreaktion. Die rechten sozialdemokratischen Führer marschieren in den ersten Reihen dieser Reaktion. Herr Schumacher hat sich erst in seiner jüngsten Rede wieder gebrüstet, der stärkste Gegner des Kommunismus zu sein. In der Tat ist für diese rechten sozialdemokratischen Führer der Hauptfeind nicht der Imperialismus, sondern der Kommunismus. Diese Frontstellung zeigt, daß die Schumacher, Ollenhauer, Reuter, Neumann und Kumpanei nichts mehr mit der Arbeiterbewegung gemein haben, die vorwärts strebt und nicht rückwärts. Sie haben nicht nur mit dem Marxismus, sondern auch völlig mit dem Geist der alten deutschen Sozialdemokratie gebrochen. Wenn sie sich heute noch Sozialdemokraten nennen, so ist dies einfach ein Mißbrauch eines einstmals ehrenwerten Namens. Der alte Bebel hatte einmal gesagt:

„Wenn mich meine Feinde loben, dann habe ich eine Dummheit gemacht."

Nun, Herr Schumacher hat andere Feinde, als sie Bebel hatte. Seine Feinde sind die kommunistischen Arbeiter, die Anhänger der Nationalen Front, die Friedenskämpfer. Gegen sie verbindet sich Schumacher mit allen jenen, die Bebel zu seinen Feinden zählte: mit amerikanischen und deutschen Generalen, mit Junkern und mit Monopolkapitalisten. Vor einigen Monaten hat Schumacher in einer Versammlung in Frankfurt offen das Bündnis mit den faschistischen Kräften gegen den Kommunismus proklamiert. Er ließ den Worten bald die Tat folgen, indem er sich mit dem Leiter des neofaschistischen Soldatenbundes, General Friessner, an einen Tisch setzte, während er gleichzeitig eine gesamtdeutsche Beratung ablehnte. Wer denkt da nicht an das altbekannte Sprichwort: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist."

Diese Position der rechten sozialdemokratischen Führer ist der Beweis dafür, daß sie eine antiproletarische und eine antinationale Politik betreiben. Sie vertreten nicht die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse. Was sie in völliger Übereinstimmung mit allen bürgerlichen sogenannten Sozialisten als Sozialismus predigen, hat mit dem von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus nicht das geringste zu tun. Es ist ein Scheinsozialismus, der der Rettung des Monopolkapitalismus dient. Sie können diesen fadenscheinigen „sozialistischen" Mantel sich nur deshalb umhängen, weil sie in ihrer Partei systematisch das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus unterdrücken. Fragt doch einmal einen sozialdemokratischen Arbeiter oder Funktionär, was er von Marx oder Engels in seiner Partei gelernt hat. Die Führung braucht ihr gar nicht erst zu fragen, bei denen ist es sowieso hoffnungslos. Wir haben also die Pflicht, das sozialistische Klassenbewußtsein in die sozialdemokratische Arbeiterschaft hineinzutragen. So

(Fortsetzung nächste Seite)

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Entschliessung

Erfüllt von tiefer Sorge um die nationale Zukunft unseres Vaterlandes haben wir Teilnehmer der II. Landes-Delegierten-Konferenz der "Gesellschaft für Deutsch - Sowjetische Freundschaft" Landesgruppe Hamburg zu der gegenwärtigen Lage Stellung genommen.

In ernster Beratung sind wir zu der Auffassung gelangt, dass die nationale Zukunft unseres Volkes nur gesichert werden kann, wenn es gelingt, den Frieden zu sichern.

Der Friede in Europa kann aber nur durch die demokratische Einigung Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages gesichert werden.

In dieser so ernsten Schicksalsfrage des deutschen Volkes weist uns der Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Weg der beschritten werden muss, um die nationale Einheit unseres Volkes herzustellen und zu einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland zu gelangen, der den Frieden in Europa garantiert.

Zur selben Zeit unterstrich aber auch der grosse Freund des deutschen Volkes und der beste Kämpfer für einen dauerhaften Frieden J.W. STALIN in seinem letzten Interview zur Frage der Atomwaffe, noch einmal den unbedingten Friedenswillen der Sowjetunion, indem er sagte:

> "Die Sowjetunion denkt nicht daran, jemals die U.S.A. oder irgendein anderes Land zu überfallen."

Das Stalin-Interview weist uns aber auch noch einmal sehr deutlich darauf hin, in welch grosser Gefahr unser Volk schwebt.

Unsere Verantwortung gegenüber unserem Volke verpflichtet uns:

1.) Die Volkskammererklärung jeden deutschen Menschen zur Kenntnis zu bringen.

2.) Unsere Anstrengungen zu vervielfältigen um die Antisowjethetze zu zerschlagen.

3.) Jeden Deutschen davon zu überzeugen, dass nur auf diesem Wege die Einheit unseres Vaterlandes hergestellt und der Friede in Europa gesichert werden kann.

Da Antisowjethetze - Kriegshetze ist, und sich gegen das deutsche Volk selbst richtet, muss die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu einer breiten nationalen Kampforganisation werden.

Die immer stärker werdende Autorität und das ständig wachsende Ansehen der Sowjetunion bei den Massen, schafft für die Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ausserordentlich günstige Voraussetzungen.

Trotzdem die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Hamburg auf einige beachtliche Erfolge zurückblicken kann, zeigt sich aber doch bei der kritischen Ueberprüfung, dass noch ernste Mängel und Schwächen in unserer Arbeit bestehen.

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Sie bestehen im wesentlichen darin:

1.) Das Eigenleben der Grundeinheiten ist nur sehr mangelhaft entwickelt. Die Ursache dafür ist das Fehlen einer engen Verbindung zwischen Leitung und Mitgliedschaft und der Mitglieder untereinander.

2.) Wir haben es nicht vermocht, die volksfeindliche Antisowjethetze genügend zu entlarven und sie offensiv zu zerschlagen.

3.) Unsere Hauptschwäche besteht in der sträflichen Vernachlässigung der Arbeit in den Betrieben.

4.) In allen Leitungen wird noch nicht planmässig gearbeitet.

5.) Die helfende Kritik und Selbstkritik zur Ueberwindung der Mängel ist noch zu schwach entwickelt.

Aus dieser Lage ergeben sich für die Landesgruppe Hamburg folgende Aufgaben:

1.) Die Antisowjethetze als Hauptmittel der ideologischen Kriegsvorbereitungen zu entlarven und zu zerschlagen, um damit einen der wichtigsten Hindernisse zu beseitigen, welches bis jetzt noch der Mobilisierung der Massen für den zielbewussten Kampf um die nationale Einheit im Wege steht.

2.) Alle Aktionen der fortschrittlichen friedliebenden Kräfte unseres Volkes im nationalen Kampf um Einheit, Unabhängigkeit und Frieden zu unterstützen.

3.) Durch eine scharfe aber sachliche Kritik den Stand der bisherigen Arbeit zu überprüfen und in allen Einheiten unserer Organisation arbeitsfähige Leitungen zu schaffen. Die Methode der Arbeit entwickeln, die unsere Einheiten in ihrem Wirkungsbereich zu einem wirklichen Zentrum des Kampfes gegen die Antisowjethetze macht.

Wir Delegierten der II. Landes-Delegierten-Konferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Landesgruppe Hamburg, erklären:

Wir werden alles tun, um diese Aufgaben zu erfüllen und so die Gesellschaft zu einer nationalen Kampforganisation zu entwickeln.

Mit der Sowjetunion vorwärts zum Kampf für den Frieden!

Vorwärts im Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes!

Es lebe die deutsch-sowjetische Freundschaft!

Hamburg, den 28. Oktober 1951

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Geschäftsordnung:

1. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
   Falls die Konferenz nicht anders beschliesst, beträgt die Redezeit 15 Minuten.

2. Anträge, ausser den zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen, falls sie zur Verhandlung kommen sollen, von mindestens 10 Delegierten unterstützt werden.

3. Bei der Verhandlung genügend unterstützter Anträge, erhält zuerst der Antragsteller zur Begründung das Wort.

4. Bei Anträgen zur Geschäftsordnung, genügt die Unterstützung von 3 Delegierten.
   Bei Anträgen auf Schluss der Debatte oder Vertagung der Konferenz, erhält ein Redner für und gegen das Wort.
   Das Wort zur Geschäftsordnung, wird ausser der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt.
   Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

5. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst.
   Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

6. Wenn ein Delegierter die Konferenz vorzeitig verlässt, so hat er dieses der Konferenzleitung anzuzeigen.
   Die Namen der Delegierten sind in dem Protokoll zu vermerken.

Wortmeldung:

Name:.....

Kreis:.....

Gruppe:.....

Wortmeldung:

Name:.....

Kreis:.....

Gruppe:.....

Wortmeldung:

Name: .....

Kreis.....

Gruppe.....

Wortmeldung:

Name .....

Kreis .....

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3

Tagesordnung:

Sonnabend, dem 27. 10. 1951.

Eröffnungsansprache:	Freund Weide	16.00 - 16.15 Uhr
Rezitation:	Frau Pesta	16.15 - 16.25 "
Wahl des Präsidiums:		
Wahl der Kommissionen:		16.25 - 16.45 "
Referat:	Freund Dr. Wessig	
	"Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft sichert den Frieden in Europa."	16.45 - 18.00 Uhr
Pause:		18.00 - 18.15 "
Diskussion:		18.15 - 20.00 "

888 ---------- 888

Sonntag, dem 28. 10. 1951

Bericht der Mandatsprüfungskommission		10.00 - 10.15 "
Fortsetzung der Diskussion:		10.15 - 11.45 "
Pause:		11.45 - 12.00 "
Rechenschaftsbericht:	Freund Weide	12.00 - 13.00 "
Mittagessen:		13.00 - 14.00 "
Diskussion:		14.00 - 16.30 "
Pause:		16.30 - 16.45 "
Schlußwort:	Freund Weide	16.45 - 17.15 "
Bericht der Redaktionskommission und Abstimmung über Entschließung:		17.15 - 17.30 "
Bericht der Wahlkommission und Wahl des Vorstandes:		17.30 - 18.00 "
Abschlußansprache:	Dr. Wessig	18.00 - 18.30 "
Abendessen:		18.30 - 19.00 "
Kulturveranstaltung:		19.30 - 22.00 "

Approved For Release 2005/02/17 : CIA-RDP83-00415R010200020011-3